Kommunistische Korrespondenz



herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands

Nr. 17 | Februar 1977 | 0,80 DM/Laden 1,00 DM

Vom Zentrismus zum Bolschewismus

Trotzkistische Fraktion aus dem Spartacusbund ausgeschlossen

„Das Argument, daß man Tendenzen erst auf klaren programmatischen Positionen gründen ist völlig blödsinnig, da wir dann auch die Organisation auflösen müßten" (Protokollierte Bemerkung eines Spartacusbund-Mehrheitsführers, ZK-Sitzung vom 5. September 1976; lückenhafter Satz im Original).

Am 9. Januar wurde auf der VI. Bundeskonferenz des Spartacusbundes ungefähr ein Viertel seiner Berliner Ortsgruppe bürokratisch ausgeschlossen. Zur Begründung des Ausschlusses diente ein Ultimatum, das die Trotzkistische Fraktion (TF) aufforderte, die Autorität „der neuen und alten Führung" der Organisation, basierend auf einer *nicht existenten* Programmatik (d. h. die Autorität einer zentristischen Führung), zu akzeptieren, die diese Fraktion auf prinzipienfester Grundlage bekämpft hatte. Dieser Ausschluß der TF, der zudem kein Disziplinbruch nachgewiesen wurde, war der dritte Ausschluß einer linken Opposition aus dieser dahinsiechenden Organisation innerhalb von vier Jahren (vergl. *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 4 und Nr. 8). Der Spartacusbund zeigt erneut sein bürokratisches Gesicht — das Korrelat zu seiner menschewistischen Position der „Freiheit der Kritik nach außen".

In einer Serie von „Papieren zur Erarbeitung einer trotzkistischen Linie im Spartacusbund" nahmen die Genossen, die sich als die TF konstituierten, klare revolutionäre Positionen zu zentralen Fragen der Arbeiterbewegung ein: sie verteidigten die Gültigkeit des Übergangsprogramms von Trotzki, die leninistisch-trotzkistische Ablehnung jeglicher Unterstützung klassenkollaborationistischer Volksfronten (einschließlich deren „kritischer" Unterstützung bei Wahlen), wie die Position Lenins und Trotzkis zur nationalen Frage gegen den Revisionismus der Mehrheit des Spartacusbundes. Es ist bezeichnend für die politische Ratlosigkeit des Spartacusbundes, daß er den Ausschluß mit nichts als der leeren Hülle der Autorität des Zentralkomitees begründen konnte, von dessen älteren Mitgliedern die meisten die Organisation inzwischen verlassen haben und dessen „Junge" Träger eines Rechtsrucks seit der letzten Bundeskonferenz sind. Nach über drei Jahren organisatorischer Existenz und eineinhalb Jahren angeblicher Vorbereitung für diese Konferenz war der Spartacusbund immer noch nicht in der Lage, eine definitive Position zum Übergangsprogramm zu beschließen — stattdessen beschäftigte er sich, nach einer Umstellung der Tagesordnung, mit Fragen der Taktik, ohne die Frage der Strategie geklärt zu haben. Der Geschäftsordnungsantrag der TF, der die Beibehaltung der ursprünglich geplanten Tagesordnung forderte, war Auslöser für einen kollektiven Wutausbruch, der mit dem Ausschluß der Fraktion endete.

Von der IV. zur VI. Bundeskonferenz

Der Auflösungsprozeß des Spartacusbundes hat seine Wurzeln in der zentristischen Ratlosigkeit der Organisation und seiner Vorgänger (KJO Spartacus und Spartacus BL). Impressionistische Nachtrabpolitik und Ablehnung des trotzkistischen Übergangsprogramms bilden den „roten" Faden vom Jugendavantgardismus der KJO über den

Tarifkampagnensyndikalismus der BL bis zum heutigen Spartacusbund. Gegenwärtig befindet sich der Spartacusbund im Fahrwasser Robertos, des Führers der italienischen Lega Comunista (einem Überrest der ausgeschlossenen italienischen „Dritten Tendenz" des Vereinigten Sekretariats) und Verfassers des Gründungsdokuments der „Notwendigen Internationalen Initiative" (NU). Dieser Mandel im Kleinformat, der Südvietnam und Kambodscha noch für kapitalistisch hält und das Vereinigte Sekretariat reformieren will, ist die politisch dominierende Figur eines internationalen Propagandablocks, der aus dem Spartacusbund, der Lega Comunista, der österreichischen Internationalen Kommunistischen Liga und der britischen International-Communist League besteht.

Der Weg von im nationalen Rahmen angestrebten Propagandablöcken (der „Taktik" von faulen propagandistischen Wahlblöcken, gemeinsamen „linken" Gewerkschaftstendenzen usw.) zum internationalen Propagandablock der NU ist der Weg von der IV. zur VI. Bundeskonferenz des Spartacusbundes. Auf diesem Weg ist mehr als die Hälfte seiner Mitglieder auf der Strecke geblieben.

Die IV. Bundeskonferenz dokumentierte die faktische Auflösung der Organisation in verfeindete Gruppen. Den betriebsbornierten Syndikalisten der „Bolschewistischen Tendenz" (BT) stand eine „Tendenz 1" (T 1) gegenüber, die eine schichtenspezifische Orientierung auf die „am meisten Unterdrückten" propagierte, eine „Tendenz 2" (T 2) diente als Puffer. Der mühsam zusammengezimmerte Kompromiß zwischen BT und T 2 hielt nur wenige Wochen, bis die BT die Organisation verließ - mitsamt den Essener Renommierproletariern, die ohne kommunistische Führung nie die Möglichkeit gehabt hatten, sich zu „Kommunisten in den Gewerkschaften" statt zu „Gewerkschaftlern in der Partei" (Trotzki) zu entwickeln.

Ihres rechten Flügels beraubt, machte der Spartacusbund einen verbalen Linksschwenk - besonders in Berlin, unter dem Druck der wachsenden TLD. Die Berliner „Linken" im Spartacusbund legten dann auf der V. Bundeskonferenz eine Resolution vor, die in wesentlichen Punkten die Kritik der TLD am Spartacusbund — wenn auch inkonsequent — aufnahm. Da die Resolution aber nicht das Ergebnis eines harten politischen Kampfes in der Organisation, sondern das Produkt einiger Berliner Studierstubenradikaler war, blieb sie ein Fetzen Papier. Ein Diskussionsangebot der TLD, das aufgrund der Resolution der V. Bundeskonferenz zwecks Prüfung der Grundlagen für eine Fusion an den Spartacusbund gerichtet wurde, wies dieser nicht mit politischen Argumenten, sondern mit Hinweisen auf die Vergangenheit von TLD-Genossen zurück.

Die NII und die Krise des Spartacusbundes

Papier ist geduldig. Die V. Bundeskonferenz leitete keineswegs eine Linksentwicklung des Spartacusbundes ein. Nach kurzem Liebäugeln mit der machtlosen Verfassungsgebenden Versammlung in Portugal („Die portugiesische Revolution in Gefahr") forderte der Spartacusbund die zentristischen Ableger des Vereinigten Sekretariats in Portugal auf, eine Fusion durchzuführen — „die (sie!) erste entscheidende Schritt im Aufbau der revolutionären Partei" (*Spartacus* Nr. 22, November 1975) und ein Mitglied des Spartacusbundes, das in Portugal weilte, als Mitglied aufzunehmen. Basis für diese Fusion sollte ein nationales Programm sein, internationale Fragen (wie die Frage der Vierten Internationale) sollten bis „später" vertagt werden. In Spanien erhob der Spartacusbund die Forderungen der bürgerlichen Demokratie - Abschaffung der Monarchie und Errichtung der Konstituante - zu den *wesentlichen* Losungen für „Revolutionäre" (*Spartacus* Nr. 23, Dezember 1975), anstatt sie als vorübergehende, untergeordnete Losungen zur Entlarvung des Anspruchs der „demokratischen" Bourgeoisie zu verstehen.

Der auf der V. Bundeskonferenz des Spartacusbundes angekündigte Bruch „mit seiner nationalbornierten Vergangenheit" (*Spartacus* Nr. 19, August 1975) entpuppte sich als Verlagerung der Praxis fauler Blockbildung von der nationalen auf die internationale Ebene. Im Frühjahr 1976 unterzeichnete ein Mitglied des ZK des Spartacusbundes unbefugt das von Roberto verfaßte Gründungsdokument der NU - ein Schritt, der erst nachträglich von der Mehrheit des ZK gebilligt wurde. Dieses Konglomerat linkspabloistischer Gruppen basiert nicht auf einem ***Programm,*** sondern auf der Akzeptierung des „Geistes" der Erklärung - auf „einem Gefühl von gegenseitiger Verbundenheit, das beispielsweise Staatskapitalisten *nicht* ausschließt -wohl aber Elemente, die sich auf das Übergangsprogramm von Trotzki stellen", wie die TF schrieb. *Ein* krasses Beispiel für den verrotteten Charakter dieses Blocks ist die Haltung seiner Bestandteile zum Vereinigten Sekretariat. Hatte noch der Spartacusbund die formale Position der politischen Zerschlagung des Vereinigten Sekretariats von Mandel-Frank-Hansen eingenommen, so schrieb die Roberto-Gruppe:

> „*Der Zentrismus ‚sui generis' des VS... bleibt ein Zentrismus innerhalb der trotzkistischen Bewegung, der reformierbar und wieder auf den Weg des Revolutionären Marxismus zurückführbar ist, sicher nicht durch die spontane Evolution, sondern unter den Schlägen eines unerbittlichen Fraktionskampfes im Verein mit dem Aufschwung der Klassenkämpfe.*
> Wer vor der Aufgabe zurückweicht, das ' VS für den revolutionären Marxismus zurückzugewinnen und daran geht, andere Karikaturen von IV. Internationale zu bilden oder es als an den bürgerlichen Reformismus verloren gegangen fallen läßt, verzichtet praktisch darauf, den aktuell unerläßlichen Kampf für den Aufbau der IV. Internationale weiterzuführen" („Die Krise der IV. Internationale"; aus: *Bolletino* der FMR Nr. 4; Übersetzung vom Spartacusbund, Hervorhebung im Original).

Kommunistische Korrespondenz

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
Sektion der internationalen Spartacist Tendenz

Verantwortlicher Redakteur: W. Hohmann, 1 Berlin 15

Neue Anschrift: TLD
Postfach 11 0647
1 Berlin 11

Robertos Methodik wie die opportunistische Praxis des Spartacusbundes stehen im schroffen Gegensatz zu den Prinzipien, auf denen eine revolutionäre Umgruppierung basieren muß. Während diese Epigonen des Trotzkismus auf der „Grundlage" von Programmlosigkeit umgruppieren wollen — die Bewegung ist alles, das Ziel nichts — polarisieren Bolschewiki gegnerische Organisationen stets um die Achse des Übergangsprogramms herum, streben Trotzkisten danach, die besten subjektiv-revolutionären Elemente aus zentristischen oder reformistischen Organisationen zu gewinnen und damit gleichzeitig die Beförderung solcher Organisationen auf den Misthaufen der Geschichte zu beschleunigen.

Entstehung der Trotzkistischen Fraktion

Zur Zeit der Veröffentlichung des Gründungsdokuments der NU entstand in der Berliner Ortsgruppe starker Unmut über die bürokratische Art und Weise, in der die internationale Arbeit des Spartacusbundes von der ZK-Mehrheit geführt wurde. Die lang geplante Bundeskonferenz zur internationalen Orientierung wurde systematisch verschoben, was der ZK-Mehrheit Zeit und Freiraum ließ, um internationale Blockbildung in der Form einer Serie von *faits ac-complis* zu gestalten. Im Juni wurde von der Berliner Ortsgruppe mehrheitlich ein Mißtrauensantrag der Ortsleitung (verfaßt von R. Baier, dem späteren Gründer der Trotzkistischen Fraktion) gegen das ZK des Spartacusbundes angenommen, in dem es heißt:

> „Das Plenum der Berliner OG des Spartacusbundes spricht der Führung das Mißtrauen aus, weil diese sich in offen bürokratischer Weise über die demokratisch-zentralistischen Prinzipien des Spartacusbundes hinwegsetzt, indem sie die dringend notwendige 6. BK auf den Herbst dieses Jahres verschiebt. Als Begründung schiebt sie vor, daß ohne qualitative Weiterentwicklung in unserer Politik keine BK notwendig sei. Beide Tendenzen des Spartacusbundes gehen von der Erkenntnis aus, daß das programmatische Grundverständnis des Spartacusbundes für ungültig erklärt werden müßte, weil sie das morsche Fundament unserer bankrotten Politik gewesen sind. *So hat unsere Org. keine im Verständnis der Gesamtheit der Genossen gültige Programmatik*[1]" (unsere Hervorhebung).

Aber für die Mehrheit der Ortsgruppe (der späteren „Tendenz Neuer Kurs") war diese Erkenntnis nur eine Episode. Im Gegensatz dazu generalisierte R. Baier seine Kritik an der Orientierung des Spartacusbundes, nachdem er schon Ende März die Blockpolitik der NII wie die revisionistische Konfusion des Spartacusbundes zur Situation in Spanien und Portugal kritisiert hatte (siehe „Aussprechen, was ist! Der Zentrismus ist noch nicht geschlagen", 29. März 1976). In der im Sommer und Herbst einsetzenden Diskussion zur VI. Bundeskonferenz bekämpfte et die Mehrheitsposition, die Vierte Internationale sei durch „neue Weltrealitäten" im Zweiten Weltkrieg zerstört worden, statt durch den Sieg des pabloistischen Revisionismus auf dem III. Weltkongreß (1951):

> „Halten wir also fest: Die Zerstörung der IV. Internationale kann im Wesentlichen nicht allein daran festgemacht werden, daß im Lauf ihrer Existenz dieser oder jener Fehler, oder auch eine Reihe von Fehlern gemacht wurden (Einschätzung zu den Arbeiterstaaten in Osteuropa, Jugoslawien, China), sondern die Auflösung als eigenständiger Faktor zur Herausbildung der proletarischen Weltpartei stellt den entscheidenden Bruch dar. Fehler und Verrat sind zwei grundlegend verschiedene Gesichtspunkte, die entsprechend auch verschiedenartige Schlußfolgerungen zulassen" („Die Lehren des Übergangsprogramms und wie die, Int. Komm. Bin' sich von der iST abgrenzt").

Die Methodik Pablos und des Spartacusbundes kommen in dieser Frage einander sehr nahe. Waren es für Pablo die „neuen Weltrealitäten" der Nachkriegszeit (Ausdehnung des Gebiets der stalinistischen Herrschaft), die zur Aufgabe des Übergangsprogramms und zum tiefen, liquidatorischen Entrismus in sozialdemokratische und stalinistische Parteien führten, so akzeptiert die Methodik des Spartacusbundes ebenfalls ähnliche „neue Weltrealitäten" (zeitlich nur etwas früher angesetzt), aufgrund derer die Nichtexistenz der Vierten Internationale sowie die „Rekonstruktion"-*Bedürftigkeit* des Übergangsprogramms auf einen Zeitpunkt irgendwann kurz nach Trotzkis Tod angesetzt wird. Bezeichnend für die NII-Gruppen ist, daß sie die einheitliche Position haben, daß das Übergangsprogramm „rekonstruiert" werden muß - aber keine einheitliche Meinung, *was* verworfen und *was* neu hinzugefügt werden soll.

Die Diskussion um die nationale Frage in Angola war Anlaß dafür, daß sich eine Gruppe um den Verfasser der „Papiere zur Erarbeitung einer trotzkistischen Linie im Spartacusbund" bildete und in der Folge die Deklaration der TF erarbeitete. Während der Spartacusbund seine Politik fortsetzte, „progressiveren" bürgerlich-nationalistischen Bewegungen nachzulaufen, um ihnen seine „Solidarität" gegen andere qualitativ gleiche Bewegungen zu versichern (Nahost, Angola), verteidigte die Gruppe um Baier die leninsche Position zur nationalen Frage. Die TF verteidigte das Recht auf nationale Selbstbestimmung und die Notwendigkeit, kleinbürgerlich-nationalistische Bewegungen gegen direkte imperialistische Angriffe militärisch zu unterstützen. Aber die TF hob auch folgende leninsche Position hervor: „Wer dem Proletariat dienen will, der muß die Arbeiter aller Nationen vereinigen und den bürgerlichen Nationalismus bekämpfen" (Lenin, „Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage", 1913). Die Unterstützung „progressiverer" Nationalisten gegen qualitativ gleiche Gruppen ist ein Bruch mit den Erkenntnissen der Permanenten Revolution, daß die Bourgeoisie (auch in kolonial- und halbkolonialen Ländern) nicht mehr in der Lage ist, die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution zu erfüllen.

In der Diskussion waren die Genossen der TF ständig bürokratischen Schikanen ausgesetzt. Eine nicht unwesentliche Rolle spielte dabei auch die organisatorische Struktur des Spartacusbundes, die a priori zur Entpolitisierung und Verhinderung fruchtbarer Debatten beiträgt. Grundeinheiten des Spartacusbundes sind zwar offiziell die Ortsgruppen; doch in den wenigen Ortsgruppen, die groß genug sind, um eine gewisse Arbeitsteilung zu erlauben (eigentlich nur Berlin und Frankfurt), hat sich die interne politische Diskussion naturwüchsig-bürokratisch in die „Zellen" verlagert (in Berlin z. B. in die ÖTV-Zelle und die Spanien-Portugal-Zelle). Diese Zellen sind nicht etwa zentral angeleitete Arbeitsgruppen mit einem bestimmten Auftrag, in denen die politische Diskussion *komplementär* zur zentralen Diskussion auf den Ortsgruppensitzungen verläuft, sie fungieren vielmehr als Pseudogrundeinheiten, was die *politische Atomisierung* der Mitgliedschaft zur Folge hat, die in Westdeutschland ohnehin durch die relativ vielen zerstreuten Mini-Ortsgruppen garantiert wird. Es versteht sich fast von selbst, daß in letzteren die Positionen der TF vor der VI. Bundeskonferenz praktisch

überhaupt nicht diskutiert wurden.

Die Mehrheit der Berliner Ortsgruppe griff zu dem Mittel, Diskussionen z. T. überhaupt nicht stattfinden zu lassen oder Redezeiten manipulativ zu verkürzen, so daß die Berliner Minderheitsgruppen (Internationalistische Tendenz und TF) oft zusammen gegen die Tendenz Neuer Kurs (TNK) Rederecht bzw. Redezeit bei Verfahrensabstimmungen erkämpfen mußten. Symptomatisch für das Verständnis „innerer Demokratie" des Spartacusbundes war der Ausschluß eines Kandidaten (seit 16 Monaten in der Organisation), als er sich punktuell Positionen der TF näherte.

Aber solch bürokratische Manipulationen konnten das Wachstum der TF nicht aufhalten. Nach Diskussionen zur Frage der Volksfront, der Sozialdemokratie, der Arbeiterregierung und des Übergangsprogramms bekannten sich ein weiteres Mitglied und zwei Kandidaten zu den Positionen von Baier. Als die Fraktion am 14. Dezember durch die „Deklaration der Trotzkistischen Fraktion" formal konstituiert wurde, umfaßte sie ungefähr ein Viertel der Berliner Ortsgruppe. Bezeichnenderweise befanden sich die beiden einzigen politisch aktiven Gewerkschaftsmitglieder der Ortsgruppe in der Fraktion, ebenso wie zwei Kandidaten, die, rekrutiert auf der Basis der Verbalorthodoxie der V. Bundeskonferenz, rasch den verrotteten Charakter der Organisation erkannten.

Der Trotzkistischen Fraktion gegenüber standen zunächst zwei, später drei politische Gruppierungen. Die Mehrheit der Berliner Ortsgruppe bildete die TNK — Überrest der Elemente, die auf der V. Bundeskonferenz die Mehrheit gestellt hatten. Durch Austritte ihrer Führung beraubt und nicht im Besitz eines eigenen politischen Konzepts wurde sie zwischen den Fronten zerrieben. Sie bezeichnete die NU als einen faulen Block — wollte aber in ihr arbeiten. Sich als „links" verstehend, ging die Berliner Mehrheit eine Kombination mit dem rechten Flügel der Frankfurter Ortsgruppe ein - syndikalistischen Elementen aus einer versprengten Chemie-Zelle. Nachdem Genossen, die später die Berliner TNK gründeten, im Juni den Mißtrauensantrag von Baier gegen das ZK unterstützt hatten, wo das Fehlen einer „im Verständnis der Gesamtheit der Genossen gültige(n) Programmatik" festgestellt wurde, haben sie zur VI. Bundeskonferenz *kein einziges* abstimmungsfähiges Dokument vorlegen können.

Die Methodik der TNK wurde durch die Feststellung in ihrer Tendenzerklärung entlarvt, „methodische Differenzen" mit der Mehrheit im ZK zu haben. „Hinter diesen methodischen Differenzen verbergen sich vermutlich programmatische Differenzen (Methode und inhaltliche Bestimmung des Übergangsprogramms, Parteiaufbau — die wir dann benennen und bekämpfen werden, wenn sie klar zu Tage getreten sind.)" („Erklärung der Tendenz Neuer Kurs", *Spartacus* ohne Nr., 20. Dezember 1976). Anstatt „vermutete" Differenzen zu suchen und zu bekämpfen, verharrten diese „Linken" in kläglicher Passivität. Auf dieser Basis „führt die TNK den Kampf um die Führung der Organisation".

So stark fürchtete sich diese Tendenz vor der Konfrontation mit der TF, daß sie, nachdem ihre Führung eine Polemik gegen die TF geschrieben hatte, eine Diskussion über das eigene Dokument im Plenum der Berliner Ortsgruppe abwürgte.

Der konsequente politische Gegner der TF, die „Internationalistische Tendenz" (IT), wurde von der Mehrheit des ZKs geführt. Politisch fungierte sie als deutsches Sprachrohr Robertos und somit als Hauptverfechterin der NU sowie von Robertos Position, daß die Vierte Internationale und das trotzkistische Übergangsprogramm durch „neue Entwicklungen" im Zweiten Weltkrieg zerstört worden seien. Das Hauptziel der IT - die organisatorische Festigung der NU durch ein Büro unter örtlicher Aufsicht von Roberto - stellt eine organisatorische Formalisierung der NU als *nicht* demokratisch-zentralistische internationale Formation dar, qualitativ nicht unterschieden vom Organisationskomitee der OCI oder vom Vereinigten Sekretariat. Obwohl nicht durchgehend einverstanden mit Robertos Position der Reformierbarkeit des VS, enthielt ihr Hauptdokument zur Konferenz Formulierungen zum VS, die zweideutig genug waren, um Robertos Unterstützung zu ergattern.

Typisch für den Regionalismus dieser Organisation konstituierte sich in Essen kurz vor der Konferenz eine vierte Tendenz, die Aspekte der nationalen Arbeit des Spartacusbundes kritisierte, ohne ein klares politisches Profil zu gewinnen.

Die VI. Bundeskonferenz: Anfang vom Ende?

Die VI. Bundeskonferenz fand in einer Atmosphäre der organisatorischen und politischen Krise statt. Es wurde festgestellt, daß ca. 60% der Mitgliedschaft seit der letzten BK ausgetreten waren. Ortsgruppen, mit Ausnahme von Berlin und Frankfurt, lagen unter einer lebensfähigen Größe. Die TNK stellte fest, „daß die NII in dieser Periode kaum vorangekommen ist" *(Spartacus* ohne Nr., 20. Dezember 1976). Der alternative Rechenschaftsbericht der „Essener" warf „Teilen" der Führung vor, „die Ansätze politischer Praxis, die in der Organisation noch vorhanden waren" liquidiert zu haben („Krise der Organisation, Zum Rechenschaftsbericht", Essener Position). Die Existenz von *vier alternativen Rechenschaftsberichten* (IT, TF, TNK (mündlich), Essen) zeigte deutlich genug die fraktionelle Zerrissenheit der Organisation auf.

Die Blockbildung an der Konferenz nahm deutlich internationale Züge an, die bewiesen, daß Bestandteile der Organisation sich enger mit Gruppen außerhalb des Spartacusbundes als miteinander verbunden fühlten. Roberto solidarisierte sich demonstrativ mit der IT. Die Mehrheitsvertreter der IKL griffen die IT mit TNK-ähnlichen Argumenten an, jedoch ohne sich eindeutig mit der diskreditierten TNK zu solidarisieren. Die I-CL dagegen blieb allen

anderen Tendenzen gegenüber distanziert und britisch kühl.

Bürokratische Praktiken nahmen beim zweiten Tagesordnungspunkt überhand, als die Mehrheit das elementare Recht der TF unterdrückte, ein Alternativdokument zum IT-Papier („Die Krise der proletarischen Führung... ") über die Vierte Internationale zur Diskussion und zur Abstimmung vorzulegen. Da die TF die einzige Opposition mit beschlußfähigen Dokumenten zu allen Fragen der Tagesordnung darstellte, wäre es der IT wie den anderen oppositionellen Tendenzen zu peinlich gewesen, bei jedem Tagesordnungspunkt mit trotzkistischen Positionen konfrontiert zu werden. Nur das IT-Papier wurde diskutiert und die oppositionellen Tendenzen und Fraktionen damit auf Abänderungsanträge beschränkt. Die TF — im Gegensatz zur TNK und zur Essener Gruppe — weigerte sich, Verbesserungsvorschläge zum Revisionismus der IT zu machen.

Das Ausweichen vor programmatischer Konfrontation wurde mit einem Antrag fortgesetzt, den dritten Tagesordnungspunkt — das Übergangsprogramm — auf eine zweite Hälfte der Konferenz zu vertagen, und zur Frage der „Taktikresolution" überzugehen. Die TF beantragte dagegen:

> „Gemäß der ursprünglichen Tagesordnung soll die Diskussion über das Übergangsprogramm den Fragen der Taktikresolution vorangestellt werden. Die Klärung prinzipieller Fragen ist eine Vorbedingung für die Diskussion um die Taktik (Neo-Gruli) sowie *fürPolitik überhaupt.* Deshalb ist es das eklatanteste Beispiel für das politische Chaos des *Spartacusbundes,* daß das ÜP von Trotzki noch im Jahre 1977 in Frage gestellt wird. Schlimmer noch ist die Tatsache, daß der *Spartacusbund* seit seiner Konstituierung nicht in der Lage war — trotz vorgeblicher Vorbereitung der letzten 11/4 Jahre — die Diskussion um das Programm zu führen und zu beschließen... "

Angesichts des Fehlens einer programmatischen Grundlage der Mehrheit, der bürokratischen Verschiebung der VI. Bundeskonferenz seit einem Jahr und des angekündigten Vorhabens der IT, den Spartacusbund in einem Diskussionszirkel zu verwandeln, stellte die TF fest: „Da wir bei der Erfüllung der internationalen revolutionären Aufgaben nicht warten können und dies auch völlig verantwortungslos wäre, bis die konzeptionslosen Spartacustendenzen zum trotzkistischen Programm finden, wird die TF im Gegensatz zum *Spartacusbund* (seiner Mehrheit) sofort eine internationale Umgruppierungstaktik beginnen... " Diese Erklärung war klar gerechtfertigt durch die Erklärung der IT selbst, als Mehrheit der Organisation, kein „internationales Programm" zu haben und es durch „offene Diskussion" erst entwickeln zu wollen:

> „Die Erarbeitung von Antworten auf die in diesen Punkten aufgeworfenen Fragen" (nämlich „die für den Sieg der sozialistischen Weltrevolution entscheidenden programmatischen Fragen") „ist in einer verbindlichen, international synchronisierten Diskussion zu bewältigen... Für jede einzelne Organisation bedeutet das, daß sie versucht, im Fall von politischen Differenzen die eigene Position durch politischen Kampf in den anderen durchzusetzen, und ihrerseits bereit sind, die eigene Organisation dafür zu öffnen" (*Spartacus,* 20. Dezember 1976).

Somit entledigte sich die Mehrheit jeder Basis des An= Spruchs, demokratisch-zentralistisch zu sein. Ein Diskussionszirkel diskutiert und hat eine „geschlossene Front nach außen" nicht nötig — die ohne programmatische Grundlage nur ein Zeichen des Bürokratismus oder des Cliquismus wäre. Die TF erklärte ihre Bereitschaft, das ZK des Spartacusbundes über jeden konkreten Schritt ihrer Umgruppierungsarbeit zu informieren, und versprach, die nächste Konferenz mit den Ergebnissen zu konfrontieren.

Es blieb der konfusen Mehrheit keine andere Möglichkeit, als einen Ausschluß auf der Basis der „Autorität" der. Bundeskonferenz, der „Autorität" des ZKs und der „Autorität" einer Disziplin, die ohne jegliche programmatische Basis sich als bürokratische Willkür entpuppte, zu beschliessen. Eine Organisation mit der Position der *Zerstörung* des trotzkistischen Programms im Zweiten Weltkrieg, die als Aufgabe die „Wiederherstellung der Kontinuität des revolutionären Marxismus" setzt („Die Krise der proletarischen Führung und die Notwendigkeit des Wiederaufbaus der IV. Internationale", IT-Hauptdokument zur VI. BK, S. 1 *\ kann nicht eine Disziplin für sich in Anspruch nehmen, die für die *Verteidigung* der revolutionären Programmatik Lenins und der Bolschewiki entwickelt wurde.

Auf der Basis einer weitgehenden programmatischen Übereinstimmung, wie sie in den „Papieren zur Erarbeitung einer Trotzkistischen Linie im Spartacusbund" zum Ausdruck kam, steht die TF gegenwärtig in Fusionsverhandlungen mit der TLD/iST. Dieser Schritt der TF ist ein Ausdruck der Erkenntnis, daß die Vierte Internationale nur als demokratisch-zentralistische Weltpartei auf der Basis des Übergangsprogramms neu geschmiedet werden kann. Nur in der Bibel und in anderen primitiven Mythen entsteht Ordnung aus dem Chaos. Die Vorstellung der NII und des Spartacusbundes, „durch die Intervention in den Klassenkampf politisch heterogene „Organisationen und Gruppen zunächst nationalen Ursprungs zu einer homogenen und schlagkräftigen internationalen Tendenz" („Die Krise... ", S. 18) zusammenzuschließen, hebt sich nicht von solchen primitiven Mythen ab.

Wir drucken im Folgenden die „Deklaration der Trotzkistischen Fraktion" ab, die im *Spartacus* vom 20. Dezember 1976 stark gekürzt und durch Auslassungen und Druckfehler entstellt erschienen ist.

Deklaration der Trotzkistischen Fraktion

Für eine internationale Umgruppierung auf der

Die V. Bundeskonferenz erklärte: „Der Spartacusbund muß radikal mit seiner nationalbornierten Vergangenheit brechen... " Dieses Bestreben, mit dem „Nationaltrotzkismus" des frühen Spartacusbundes (wie der KJO und BL) zu brechen, war ein positiver Impuls — wie der erklärte Wunsch, mit der „Praxis prinzipienloser Propagandablöcke" und der „Politik unterhalb der Ebene des Übergangsprogramms" ein Ende zu machen, der auch in der „Resolution der 5. BK" *(Spartacus* Nr. 19, August 1975) zum Ausdruck kam.

Ein solcher Bruch mit der Praxis der Vergangenheit war und ist besonders dringend im Hinblick auf echte Möglichkeiten für eine trotzkistische Umgruppierung auf internationaler Ebene. In der Periode nach dem 10. Weltkongreß fanden zwischen der europäisch geführten Mehrheit und der SWP-geführten Minderheit eine Reihe von „kalten" Spaltungen, Auswirkungen der chilenischen Niederlage, im VS statt (Argentinien, Australien, Kanada, USA, etc.). Außerdem kam es zur weitgehenden Auflösung der internationalen „Dritten Tendenz": Elemente haben gegenüber der Mehrheit kapituliert (wie der GIM-Kompaß), sind zur SWP-Fraktion gegangen (Teile der „Vierten Tendenz" in der LCR, wie Teile der italienischen FMR), oder haben sich abgespalten oder sind ausgeschlossen worden (Roberto-Flügel der FMR usw.). Schließlich sind Gruppierungen aus dem VS zur iST gegangen, wie ein Flügel der FMR, mehrere Gruppierungen aus der LCR, etc.

Gegenwärtig sind die Gelegenheiten für eine programmatische Umgruppierung vielleicht noch günstiger als im Vorjahr. Die Maostalinisten wurden u. a. durch die Ereignisse in China in einen politischen Gärungsprozeß gestossen und bröckeln zusehends auseinander. In diesem Jahr ist der SWP-PST Block auseinandergefallen, und die allgemeine Krise des VS hat sich verschärft (Mandel bekundet seine Bereitschaft, „Etiketten" wie die „Vierte Internationale" abzulegen, falls seine revisionistischen Gelüste es erfordern). Die OCI ist seit ihrer Unterstützung für Mitterand 1974 rapide nach rechts gewandert: sie liebäugelt mit der SWP, publiziert ihre Wochenzeitung *(Informations Ouvrieres)* nicht als Parteiorgan, sondern als „freie Tribüne des Klassenkampfes", und ist zunehmend unfähig, in ihren Solidaritätskampagnen für politisch Verfolgte in Osteuropa die Klassenlinie zu ziehen (die reformistische IAK, ohne Tradition und Basis, stellt nur in besonders krasser Form die opportunistischen Tendenzen der Lambertisten dar). Die Healyisten sinken mit ihrem Gangstertum, ihren Verleumdungen gegen Hansen und Novack, ihrer Bejubelung des lybischen „Sozialismus" tiefer als je zuvor, und es ist nur der erbärmlichen Schwäche des Spartacusbundes zuzuschreiben, daß sie ihre Zentrale in Essen errichten konnten.

Diese Situation erfordert eine internationale Taktik von aggressiver politischer Konfrontation mit vorgeblich trotzkistischen Gruppen. Aber die N. I. I. ist keineswegs ein „Instrument" einer solchen Politik, sondern stellt eine Barriere zu programmatischer Umgruppierung dar. Die N. I. I. ist weder ein offenes Forum für Diskussionen noch eine demokratisch-zentralistische internationale Tendenz. Die N. I. I. macht seit ihrer Entstehung gemeinsame propagandistische Arbeit (Portugal) und schließt einen gegenseitigen „Nichtangriffspakt" ein - man verschweigt nach außen (und weitgehend auch nach innen) die Fragen, bei denen es politische Differenzen gibt. Die Aufforderung zur Diskussion am Ende der N. I. I. drückt ihren Charakter als faulen Block aus: „es sollten alle diejenigen teilnehmen, die den Geist dieser generellen Erklärung akzeptieren". Nicht *Programm* ist die Basis für Teilnahme, sondern ein *Gefühl* von gegenseitiger Verbundenheit, das beispielsweise Staatskapitalisten *nicht* ausschließt — wohl aber Elemente, die sich auf das *Übergangsprogramm* von Trotzki stellen.

Die N. I. I. ist ein konfuses Konglomerat von linkspabloistischen Gruppen, die sich auf der Basis zusammengefunden haben, irgendwo links von der VS-Mehrheit, rechts von der iST, zu stehen. Das wirklich *Gemeinsame* der N. LI, (im Gegensatz zu Benders scholastischen Auslegungen des „Geistes") ist: 1. die Ablehnung des Übergangsprogramms von 1938 als Programm der imperialistischen Epoche, 2. eine defätistische Position zur Spaltung der Vierten Internationale 1952—54, 3. Unterstützung für kleinbürgerliche Nationalisten (z. B. in Angola: „Für den Sieg. der MPLA", *Spartacus* Nr. 22, Libanon, Palästina), 4. Wahlunterstützung für Arbeiterparteien in Volksfronten (Chile 1970, Frankreich 1973/74, Pato in Portugal, „Historischer Kompromiß" in Italien).

Der *unnütze* Charakter der N. I. I. wird in der widersprüchlichen Haltung zum VS deutlich. Hat der Spartacusbund um die V. BK erklärt, er wolle das VS politisch zerschlagen, so wollte (will?) Roberto es reformieren. Er weint auf jeden Fall der krepierten „Dritten Tendenz" des VS noch bittere Tränen nach (Bericht über das Treffen der Joint Commission der N. I. I. am 2. 11. 1976 in Paris, S. 1). Die Position der Matgamna-Gruppe (I-CL) zum VS ist geradezu undurchschaubar — nach jahrelanger „kritischer Unterstützung" für das VS ist ihre gegenwärtige Position: „Die I-CL glaubt weiterhin, daß das VSVI („Vereinigte Sekretariat der Vierten Internationale") die Hauptströmung ist, die aus der kommunistischen Tendenz, personifiziert durch Leo Trotzki, hervorgegangen ist" (The I-CL and the Fourth International, S. 6). Raus aus dem faulen N. I. I. - Block, die N. I. I. ist eine Barriere, die zerschlagen werden muß!

Die Trotzkistische Fraktion kämpft für eine Politik der

aggressiven Umgruppierung auf der Basis eines klaren, trotzkistischen Programms. Indem wir unsere Politik auf der Basis der Beschlüsse der ersten vier Weltkongresse der Komintern sowie auf den Gründungsdokumenten der IV. Internationale errichten, anerkennen wir die Weiterentwicklung der Programmatik der proletarischen Weltrevolution auf prinzipienfesten Grundlagen, die historisch aus den revolutionären Phasen der internationalen Weltparteien des Proletariats hervorgegangen ist.

Diese Erklärung wendet sich an alle trotzkistischen Elemente im Spartacusbund. Wir werden diesen Genossen in unseren Analysen aufzeigen, daß die Niederlagen des Spartacusbundes, insbesondere bei seiner aktuellen Hauptaufgabe, des Aufbaus der Partei der proletarischen Weltrevolution, keine taktisch-episodischen darstellen, sondern in seiner programmatischen Konfusion, in seinem Verständnis vom programmatischen Partikularismus zu suchen sind, welches ihn auch weiterhin unzweideutig als eine zentristische Organisation in einer typischen Ausformung ausweist.

Zentral für eine trotzkistische Orientierung ist Klarheit in folgenden Punkten:

I. Das Übergangsprogramm ist das Programm der proletarischen Weltrevolution in unserer Epoche. Das Dokument entspringt der marxistischen Methodik der Analyse der gegenwärtigen geschichtlichen Periode. Deshalb bilden die daraus abgeleiteten grundlegenden Schlußfolgerungen in verbindlich politischer und organisatorischer Form das Fundament für unsere Strategie und Taktik.

Wir lehnen deshalb jegliches Ansinnen ab, das zur Grundlage der politischen Arbeit die „Zerstörung" des Programms der Vierten Internationale nimmt und daher einzig und allein zur Revision der trotzkistischen Programmatik führen muß. Die Organisationen der N. I. I., die keineswegs einheitlicher Meinung sind, *wann* das Übergangsprogramm unzulänglich wurde und *wie* es „rekonstruiert" werden soll, drücken mit dieser Position nur ihre gemeinsamen revisionistischen Gelüste aus.

II. Die „Volksfront" auf der einen, der Faschismus auf der anderen Seite, das sind die letzten Mittel des Imperialismus *gegen* die proletarische Revolution. Programm und Politik einer solchen Koalitionsregierung sind nie etwas anderes als durch und durch bürgerlich. Wir lehnen daher jegliches Taktieren gegenüber solchen Koalitionen ab, eben weil die Klassenlinie nicht durch, sondern außerhalb der „Volksfronten" verläuft.

Ausdrücklich weisen wir jede Form der Wahlunterstützung für Parteien oder Gruppen zurück, die sich an der „Volksfront" beteiligen oder direkt auf sie hinarbeiten. Erst der Bruch mit den bürgerlichen „Bündnispartnern" *kann* eine solche kritische Unterstützung für reformistische oder revisionistische Arbeiterorganisationen möglich machen. Die Wahlunterstützung der Roberto-FMR („Wählt rot", ohne Kritik in *Spartacus* Nr. 29 abgedruckt) für „die widerliche Klassenkollaboration der KPI" (ebenda) ist nur die letzte in einer langen Reihe von Kapitulationen Volksfronten gegenüber. Die Haltung zur Volksfront ist, wie Trotzki schrieb, die Scheidelinie zwischen Bolschewismus und Menschewismus.

III. Die sozialdemokratischen und stalinistischen Parteien sind ihrem Wesen nach bürgerlich und proletarisch zugleich. Diese Parteien sind insbesondere gekennzeichnet durch den Antagonismus zwischen proletarischer Klasse und traditioneller Führung, zwischen Arbeiterbasis und Arbeiterbürokratie. Deshalb sind die stalinistischen, wie auch die sozialdemokratischen Parteien Strömungen *in* der Arbeiterbewegung mit Doppelcharakter. Sie sind gleichzeitig bürgerliche- und Arbeiterparteien - oder in Lenins Worten: „bürgerliche Arbeiterparteien".

Die zusätzliche Bindung stalinistischer Parteien an die „Arbeiterbürokratien" deformierter oder degenerierter Arbeiterstaaten ändert an der *Qualität* dieser Bestimmung nichts, diese bonapartistischen Bürokratien sind Kanäle bürgerlichen Einflusses auf die Arbeiterbewegung (die Loslösung stalinistischer Parteien von diesen Staatsbürokratien - wie in Spanien, Frankreich und Italien -äußert sich als Prozeß ihrer Verwandlung in nationale reformistische Parteien). In keiner Frage sind die Positionen der N.I.I.-Gruppen widersprüchlicher als in der Frage des Reformismus. Machte der Spartacusbund (siehe Tanas, *E. & P*. Nr. 2) einen *qualitativen* Unterschied zwischen der „bürgerlichen" Partei SPD („welche sich auf die Arbeiter stützt") und stalinistischen *Arbeiter*parteien, wird dieser Position durch ihre qualitative Gleichstellung in der N.I.I. widersprochen (da ist von der „konterrevolutionären Rolle reformistischer Parteien . .., (den) stalinistischen oder (den) sozialdemokratischen" die Rede). Die I-CL betreibt Entrismus in der Labour Party und gab „kritische Unterstützung" für Anthony Beim (als „Labour-Linken") bei der Wahl eines neuen Kanzlerkandidaten der Labour Party.

IV. Die Losung der Arbeiterregierung benutzen wir nur in dem Sinn, wie sie die Bolschewiki 1917 und die Vierte Internationale in ihren Gründungsdokumenten verstanden haben. Demnach ist sie eine antibürgerliche, antikapitalistische Losung, womit eindeutig zum Ausdruck gebracht wird, daß das Proletariat mit seinen Mitteln die Macht übernehmen soll. Alle Losungen des Übergangsprogramms, d. h. die gesamte revolutionäre Strategie und Taktik, geben der Losung der Arbeiterregierung eine einzige konkrete Bedeutung, die der populären Bezeichnung der Diktatur des Proletariats.

Das fatale Unverständnis dieser Losung durch den Spartacusbund tritt am brutalsten in der Forderung für Spanien hervor, wo eine durch den Generalstreik errichtete „Arbeiterregierung" (KP/SP) die Konstituante einberufen soll *(Spartacus* Nr. 23). Diese Losung ist identisch mit der Forderung, daß die Arbeiterklasse nach einem erfolgten Aufstand die Macht an die „demokratische" Konterrevolution verschenken soll (und ist eine enge Analogie zum Vorgang in Deutschland 1918/19, wo ein Aufstand die Macht in die Hände der „Arbeiterregierung" (nach Spabu-Verständnis) Ebert-Scheidemann gelegt hat, die dann nach Niederschlagung der revolutionären Arbeiterbewegung die Nationalversammlung einberufen hat).

V. Die Trotzkistische Fraktion unterstützt das Recht aller Nationen auf nationale Selbstbestimmung. Dabei kann es niemals darum gehen, kleinbürgerlich-nationalistische Befreiungsbewegungen politisch zu unterstützen, sondern den militärischen Kampf gegen imperialistische Unterdrückungsmaßnahmen gemeinsam mit ihnen, unter eigener Fahne, *zu* fuhren. In keinem Falle geben wir unsere militärische Unterstützung, um etwa eine „fortschrittlichere" nationalistische Bewegung gegenüber anderen kleinbürgerlich-nationalistischen Gruppen auszuspielen oder gar durch militärische Unterstützung an die Macht zu verhelfen.

Bei der Frage der militärischen Unterstützung gegen imperialistische Unterwerfung lassen wir uns in jedem Fall von dem Gesichtspunkt leiten, daß letzten Endes, die Arbeiterklasse nur an die Macht gelangen kann, wenn sie mit der eigenen Bourgeoisie abrechnet. Die Erkenntnis,

daß die kleinbürgerlich-nationalistischen Führer von heute - wenn siegreich - die nationale Bourgeoisie von morgen sind, schließt unsere Unterstützung für *eine* bürgerlich-nationalistische Fraktion gegen eine andere aus, da die Frage nur darum geht, *wer* ein bürgerlich-nationalistisches Regime stabilisieren wird. *Jeder* Nationalismus ist, gesehen vom Standpunkt der historischen Interessen der Arbeiterklasse, ***reaktionär.***

VI. Die Organisationsform der trotzkistischen Partei ist untrennbar mit ihrer programmatischen Klarheit verbunden und besteht in der Praktizierung des demokratischen Zentralismus gemäß der bolschewistisch-leninistischen Auffassung (niedergelegt in der Resolution zur Organisationsfrage, III. Weltkongreß der Komintern) und ist von vornherein als ein international anzuwendendes Prinzip anzuerkennen. Demnach gibt es die vollste Freiheit der Diskussion nach innen, sowie eine vollkommene Einheit der Aktion nach außen. Wir lehnen es entschieden ab, sich durch die „Freiheit der Kritik nach außen" an außerhalb der marxistischen Organisation befindliche rückständige Elemente der Arbeiterklasse zu wenden, um diese gegen andere Teile der marxistischen Avantgarde zu mobilisieren.

VII. Wir anerkennen die Notwendigkeit, daß sich die im Keim befindliche Parteiorganisation in Form einer „kämpfenden Propagandagruppe" konstituieren muß, um mit dem Mittel der Zerstörung vorgeblich revolutionärer Organisationen einen Umgruppierungsprozeß einzuleiten bzw. voranzutreiben, um dadurch die eigene Organisation aufzubauen.

Dabei ist der Charakter dieser Arbeit stets als exemplarisch anzusehen, wobei jede voluntaristische Vorstellung von der Hand zu weisen ist, als Propagandagruppe in alle Tageskämpfe der Arbeiterklasse einzugreifen, da dies zur Verzettelung der eigenen Kräfte und zur Liquidation des Programms führen würde.

VIII. Die Trotzkistische Fraktion vertritt das Prinzip der Einheitsfronttaktik, wonach bei jeder, mit anderen Organisationen gemeinsam durchgeführten Aktion die völlige Freiheit der Kritik gewahrt werden muß. Wir lehnen jede Form der gemeinsamen Propaganda mit anderen Organisationen ab und verfahren konsequent nach dem Prinzip der ***Aktionseinheit,*** die ein kurzfristiges und praktisches Ziel haben muß und der Methode von „getrennt marschieren, vereint schlagen" entspricht. Sowohl der Block mit Quicuchi, wie auch der gemeinsame Kampf aller Arbeiterorganisationen „gegen Polizeistaat und Repression" (Schutz- und Trutzbündnis) widerspricht diesem leninistischen Verständnis und impliziert ein gemeinsames Verständnis von Strategie und Taktik proletarischer Klassenverteidigung.

IX. Die Verankerung der Organisation in der Arbeiterklasse durch Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit erfolgt uneingeschränkt auf der programmatischen Ebene und kann in der jetzigen Phase des Parteiaufbaus nur als exemplarische betrieben werden, um nicht dem impressionistischen Druck der sich eventuell ergebenden Verhältnisse zu erliegen, Kämpfe des jeweiligen Betriebes oder der Gewerkschaft führen oder anleiten zu wollen, ohne dort eine Führung als Instrument der Partei aufgebaut zu haben. „Kommunisten vertreten zu jedem Zeitpunkt und an jedem Ort die historischen Aufgaben des Proletariats gegen alle partikularen Interessen, unter Umständen auch ohne oder gegen große Teile der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen" (Resolution der V. BK des Spartacusbundes). Die *Trotzkistische Fraktion* kämpft um Unterstützung für die oben dargelegte Plattform, der Scheidelinie des revolutionären Trotzkismus vom Menschewismus.

Berlin, den 14.12.1976
Rainer Baier

Filis Franke
Karl Friedrich
Theo Schubert

Erfolgreiche gemeinsame Veranstaltung von TF und TLD

Fast sechzig Genossen kamen zur gemeinsamen Berliner Veranstaltung der ausgeschlossenen Trotzkistischen Fraktion (TF) des Spartacusbundes und der TLD.

Die TLD-Referentin gab zunächst einen Überblick über den Stand der vorgeblich trotzkistischen Weltbewegung und machte deutlich, daß die Frage der Volksfront die Scheidelinie zwischen Bolschewismus und Menschewismus darstellt. Sie denunzierte die „Notwendige Internationale Initiative" als einen zur Erfolglosigkeit verurteilten faulen Propagandablock, der sich auf der gleichen Grundlage wie das VS, nämlich der Programmlosigkeit, gegenüber diesem als Alternative zu profilieren versucht, deren italienischer Bestandteil den großen Bruder aber gleichzeitig reformieren möchte. Dieser Neuauflage des Londoner Büros der dreissiger Jahre stellte sie die prinzipienfeste Politik der iST gegenüber, die in den letzten drei Jahren zur Schaffung kleiner, aber schlagkräftiger kämpfender Propagandagruppen in Europa geführt hat. Nachdem der Führer der Trotzkistischen Fraktion, Rainer Baier, in einem zweiten Referat die Entwicklung der TF bis zum bürokratischen Ausschluß aus dem Spartacusbund erläutert hatte, vermochten die auf der Veranstaltung anwesenden demoralisierten Spartacusvertreter es in der darauffolgenden Diskussionsperiode nicht, *politische* Antworten auf die Angriffe der TF und der TLD zu geben.

Der Spartacusbund ist seit über drei Jahren den wiederholten Aufforderungen der TLD zu gemeinsamen Debatten aus dem Weg gegangen und war nur aufgrund des erheblichen Drucks der TF und der TLD auf seine desolate Organisation und auf die völlig verunsicherten Sympathisanten auf die Veranstaltung gekommen.

Die Vertreter des Spartacusbundes waren aber nicht erschienen, um ihre Politik vor den Sympathisanten zu verteidigen, sondern um anhand formaler Fragen die Veranstaltung zu sprengen. Als der Altgenosse und ehemalige trotzkistische Revolutionär Oskar die straffe Diskussionsführung der TLD, nämlich gleiche Redezeit für jeden und Diskussionsrunden, mit der Stalinisierung der KPD in der Zeit von 1925—29 verglich, die Einheit „aller Trotzkisten" um jeden Preis predigte und diesem schließlich nach zweieinhalbminütiger Überschreitung der Redezeit das Wort entzogen wurde, sahen die Genossen des Spartacusbundes eine Möglichkeit, sich und ihre Intentionen hinter diesem Genossen zu verbergen. Mit dem Schrei: „Dieser Genosse ist seit 1917 Mitglied des Spartacusbundes und den laßt Ihr nicht mal ausreden!", verließen die Spartacusbundmitglieder und ein Teil der Sympathisanten den Raum, ohne auf die achtmalige Aufforderung der TLD, in gemeinsame Debatten mit der TLD zu treten, auch nur

mit einem Wort zu antworten. Mit ihnen ging, so leise wie er gekommen war, auch der Vertreter der GIM, ein ehemaliges Mitglied des Spartacusbundes. Allem Gerede über den „Bürokratismus" der TLD zum Trotz, standen 24 Genossen auf der Rednerliste; die Diskussion wurde bis um 23.30 Uhr fortgeführt.

Die Beiträge von zwei Rednern der bordigistischen Internationalen Kommunistischen Partei (IKP) machten ungewollt die Bedeutung des trotzkistischen Programms klar. Ihre Zurückweisung der Theorie der Permanenten Revolution führte sie dazu zu erklären, daß in unterentwickelten Ländern die Bourgeoisie durchaus in der Lage sei, eine fortschrittliche Rolle zu spielen und demokratische Aufgaben der Revolution lösen zu können.

Die TLD-Vertreterin erklärte in ihrer Zusammenfassung, daß der auf der Veranstaltung zustandegekommene Miniblock zwischen GIM und Spartacusbund, sowie der Vorwurf des Spartacusbundes, es seien in dem Referat nur „Geschichten aus dem VS" erzählt worden, sich durchaus in die Politik prinzipienloser Einheitsbestrebungen und programmloser Blockbildungen einordnen. Der Abbruch der revolutionären Kontinuität in Deutschland erleichtert das Aufkommen solcher geschichtsloser Tendenzen wie des Spartacusbundes, für die der Kampf um das revolutionäre Programm auf die Ebene des Anekdotenerzählens gehört.

Allein die iST braucht ihre Vergangenheit nicht zu verbergen, sie steht nach wie vor zu ihren Taten. Nur sie ist in der Lage, eine revolutionäre Alternative darzustellen. Die „Notwendige Internationale Initiative" hat keine andere Perspektive, als zwischen dem Vereinigten Sekretariat und der iST zerrieben zu werden. ■

TLD-TF-Brief an den Spartacusbund: Erneute Aufforderung zu Debatten

An
—das Politische Büro des Spartacusbundes
—die Ortsleitung des Berliner Spartacusbundes

Berlin, 25. Januar 1977

Genossen,

Am 20. Januar 1977 führten die Trotzkistische Fraktion des Spartacusbundes (ausgeschlossen) und die Trotzkistische Liga Deutschlands eine gemeinsame Veranstaltung zu den Themen: „Der Kampf der Trotzkistischen Fraktion" und „Revolutionäre Umgruppierung und der Kampf für die Wiedergeburt der IV. Internationale" durch, auf der dem Spartacusbund zum wiederholten Male eine Debatte angeboten wurde.

Obwohl Genossen Eurer Organisation, so auch der ZK-Genosse J. K., oftmals in Privatgesprächen ihr Interesse an solchen organisierten Debatten zum Ausdruck gebracht hatten, lief das ganze Verhalten Eurer Berliner Organisationsvertreter darauf hinaus, sich vor einer solchen programmatischen Diskussion zu drücken.

Eure Genossen unterbrachen fortwährend Beiträge von TLD-Genossen und reagierten auf die Aufforderung, sich an die proletarische Disziplin zu halten, mit dem Zwischenruf: „Leck mich am Arsch!"

Die Diskussionsführung der TLD hatte eine erste Diskussionsrunde mit einer fünfminütigen Redezeit beschlossen. Anders als etwa die Veranstaltungen der GIM (die ihre Opponenten selten zu Wort kommen läßt) oder die des Spartacusbundes, stehen unsere Veranstaltungen nicht in der Tradition der Neuen Linken, sondern in den Traditionen der revolutionären Arbeiterbewegung. Diskussionsrunden und Redezeitbegrenzung geben jedem der Anwesenden die gleiche Chance, zu Wort zu kommen (auf die erste Diskussionsrunde dieser Veranstaltung hatten sich 24 Teilnehmer gemeldet). Die Tradition der Neuen Linken dagegen ist es, die ersten Redner unbegrenzt sprechen zu lassen und danach bürokratisch die Zeit zu begrenzen, oder gar die Liste abzubrechen/Eine leninistische Organisation wird auch keineswegs ihre Tagesordnung und Diskussionsregeln der Öffentlichkeit zur Abstimmung vorlegen.

Genossen Eurer Organisation standen also insgesamt 20 Minuten in der ersten Runde zur Verfügung, die von Euch hauptsächlich zum Protest gegen die Diskussionsführung genutzt wurden. Der Auszug Eurer Genossen aus unserer Veranstaltung erfolgte zudem erst, als der keiner Organisation angehörende Altgenosse Oskar nach siebeneinhalbminütiger Redezeit von uns aufgefordert wurde, seinen Beitrag zu beenden. Es ging Euren Genossen also nicht darum, einen längeren Organisationsbeitrag zu bekommen — der dann auch dem Vertreter der GIM und der IKP hätte gewährt werden müssen, nicht aber dem Einzelgenossen Oskar — sondern Ihr wolltet, von Anfang an, eine programmatische Auseinandersetzung verhindern. Eure Genossen protestierten vordergründig dagegen, nicht mit uns diskutieren zu können, in Wahrheit aber habt Ihr weder auf unserer Veranstaltung noch zuvor in der Beantwortung unserer Briefe Eure Bereitschaft zu Debatten mit der TLD erklärt, zu denen wir Euch seit drei Jahren auffordern. Euer Argument, daß Debatten „hier und jetzt" stattfinden können, läuft aber genau darauf hinaus, einen etwaigen zwanzigminütigen Beitrag als Entschuldigung zu nehmen, sich nicht mehr in organisierter Form mit der TLD und der TF auseinandersetzen zu müssen. Zudem hätte jede ernsthafte Organisation vor der Veranstaltung um eine Gegendarstellung gebeten, der wir bei frühzeitiger Einigung über die Modalitäten auch zugestimmt hätten.

Euer demagogischer Auszug, Eure ständigen undemokratischen Unterbrechungen, Eure Weigerung, einer Debatte mit der TLD zuzustimmen, erfolgte mit dem einzigen Ziel, unsere Organisation und in Konsequenz auch die TF als „stalinistisch" zu diffamieren.

Der Spartacusbund mußte auf seiner 6. Bundeskonferenz über taktische Richtlinien entscheiden, ohne über eine programmatische Grundlage verfügen zu können. Die Diskussion über Euer Programm wurde von Eurer Konferenz „vertagt". Eure Organisation definiert sich ebenso wie die „Notwendige Internationale Initiative" nur durch die Gegnerschaft zum revolutionären Programm, zur iST. So ist es nicht verwunderlich, wenn Ihr mit bürokratischen Mitteln wie Ausschlüssen arbeiten müßt. Ein Genosse Eurer Organisation erklärte: „Aufgrund dieser Positionen, die lange vor der Bundeskonferenz schon entwickelt worden sind, hätten wir die Genossen (der TF) schon längst ausschließen können. Das muß mal klargestellt werden." Ebensowenig verwundert es uns, wenn Ihr der TLD stalinistische Organisationspraktiken vorwerft. Nur wir können

mit Stolz darauf verweisen, daß es in der iST keinerlei bürokratische Ausschlüsse gegeben hat und Fraktionsrechte nie beschnitten wurden. Bevor Ihr weiter mit diesem Vorwurf hausieren geht, möchten wir Euch auf die Schrift Cannons „Struggle For A Proletarian Party" aufmerksam machen, in der Cannon schreibt: „Organisationsfragen und Organisationsmethoden sind nicht unabhängig von programmatischen Grundlagen, sondern diesen untergeordnet". Die stalinistische Bürokratie muß als soziales Phänomen gesehen werden, die nur in einem bestimmten historischen Kontext entstehen kann. Aber unabhängig von der Unnahbarkeit Eures Vorwurfs in seiner Substanz: Zeigt uns an der Politik und den politischen Grundlinien der TLD auf, woher eine solche Organisationsmethode kommen sollte. Wir stellen uns der Debatte. Versucht Eure Politik in der Diskussion zwischen unseren Organisationen zu behaupten.

TLD und TF fordern Euch abermals auf, Euch mit uns in Verbindung zu setzen, um eine organisierte Debatte vorbereiten zu können.

Mit kommunistischen Grüßen

—S. Lenz, für das ZK der TLD

—R. Baier, für die Trotzkistische Fraktion des Spartacusbundes (ausgeschlossen)

Uni-Streik...

Fortgesetzt von Seite 24

Klasse. Diese Perspektive erfordert die Vertiefung der politischen Differenzierung der Studentenschaft und klare Abgrenzung der verschiedenen politischen Strömungen. Halt, Spalter, ruft die GIM und fordert den USTA mit programmatischen Leitlinien, dem „Minimalkonsens einer dauernden Einheit der studentischen Bewegung auf dem erreichten Grad der Politisierung". Den Pabloisten ist jedes Pferdchen recht, um es zur Ersatzavantgarde aufzuzäumen. Die universitäre kleinbürgerliche Intelligenz ist nicht unabhängig vom politischen Leben der bürgerlichen Gesellschaft, sondern im Gegenteil ein Spiegel der in ihr wirkenden politischen Kräfte. Deshalb ist es gerade die bewegliche kleinbürgerliche Intelligenz, die in großer Zahl konsequente Reaktionäre, aber auch bewußte Revolutionäre hervorbringt. Eine „dauernde Einheit" auf einem „Minimalkonsens", das heißt bewußt herbeigeführter politischer Indifferenz, kann es nicht geben. Die GIM versucht das Bewußtsein der militanten und politisch fortgeschrittensten Studenten zurückzuzerren „auf den erreichten" kleinbürgerlichen „Grad der Politisierung". Allgemeine Politisierung um ein „antikapitalistisches, hochschulpolitisches" (also nicht proletarisches, sondern kleinbürgerliches) „Programm" ist das erklärte Ziel der GIM. Für Revolutionäre kann Universitätsarbeit nur heißen: erstens, Propaganda für den revolutionären Trotzkismus und scharfe Abgrenzung von den verschiedenen politischen Strömungen, vor allem politischen Kampf gegen solche, die sich „revolutionär" und „kommunistisch" nennen, aber mit einer revolutionären proletarischen Perspektive nichts zu tun haben; und zweitens, Durchbrechung des akademischen Gesichtskreises in demokratischen oder auch hochschulspezifischen Kämpfen durch Aufzeigen der Notwendigkeit ihrer sozialen Ausweitung und Führung durch die Arbeiterklasse.

Für die soziale Ausweitung des Streiks

Die Notwendigkeit der sozialen Ausweitung studentischer Streiks folgert schon aus der sozialen Lage der Studenten selbst: Studenten leisten keine gesellschaftlich notwendige Arbeit, ihre einzige „Waffe" gegen die Bourgeoisie ist die Verhinderung von Ausbildung — die Verweigerung der Annahme von Leistungen. Daher verfügen derartige Streiks auch nicht über soziale Kraft und sind, wenn es nicht gelingt, diese kleinbürgerliche Beschränkung zu durchbrechen, dazu verdammt, ohnmächtige Appelle an die Bourgeoisie zu richten. Nur im Kampf gegen die kleinbürgerliche Borniertheit der „dauernden Einheit der studentischen Bewegung" ist es möglich, eine einheitliche geschlossene Streikfront an der ganzen Universität zu formieren. Dieser Anspruch war für die TLDlerin Lippenbekenntnis, sondern eine Anleitung zum Handeln, wie er in der Resolution der TLD zur FU-Vollverssammlung am 12. Januar konkretisiert wurde:

Resolution der Trotzkistischen Liga Deutschlands

Der Streik wird wiederaufgenommen für die Durchsetzung folgender Forderungen:

—***Niederschlagung des Gerichtsverfahrens gegen Christoph D. und Peter W.!***
—***Einstellung der laufenden Disziplinarverfahren!***
—***Sofortige Wiedereinstellung von Rothe!***
—***Keine Aberkennung des Semesters!***
—***Keine Straf- und Ordnungsverfahren gegen Streikunterstützer!***

Darüberhinaus haben alle Organisationen, die den Streik unterstützen, volle Freiheit der Propaganda!

Folgende Kampfmittel werden angewendet:

—Die Universität wird durch einen Streik der Studenten, Dozenten und Uni-Arbeiter dicht gemacht!
—Der Streik soll durch militante Streikpostenketten abgesichert werden!
—Die Unterstützung der Gewerkschaften für die Streikziele muß erkämpft werden!
—Es wird ein demokratisch gewählter Streikrat gebildet: Wahlrecht haben Studenten, Dozenten und Uni-Arbeiter!
—Während des Streiks soll wöchentlich eine Uni-Vollversammlung stattfinden!

Nur Phantasten können glauben, mit diesem Streik die Berufsverbote schlechthin zu Fall zu bringen. Der vergangene Uni-Streik hatte einen defensiven Charakter — das zu erkämpfende Streikziel war die Zurückweisung des neuen Angriffs der Bourgeoisie an den Hochschulen. Der Sturz des Radikalenerlasses kann nur durch eine breite Mobilisierung der Arbeiterklasse erkämpft werden. Gerade jetzt, wo die vorgebliche Linke die Streikniederlage in einen Sieg umzumünzen sucht, ist es wichtig, die Nichterfüllung von so elementaren Streikforderungen wie die Verhinderung von Repressalien gegen Streikunterstützer und die bedingungslose Scheinvergabe hervorzuheben. Nichts dokumentiert den Zusammenbruch des Streiks deutlicher als der Verrat an seinen militantesten Unterstützern.

Der Kern der Resolution ist die soziale Ausweitung des Streiks. Ein Streik, der mehr sein soll als eine Demonstration kleinbürgerlicher „Unruhe an den Uni's", muß

den gesamten Universitätsbetrieb lahmlegen. Dieses Ziel kann nur durch Einbeziehung der Uni-Arbeiter und Dozenten erreicht werden. Diese Durchbrechung der studentenbornierten Perspektive ist der erste Schritt einer sozialen Ausweitung des Streiks, der unmittelbar aus den Erfordernissen des Streiks selbst hervorwächst. Nur so ist es möglich, die Universität, einschließlich Bibliotheken, Mensen, Verwaltung und sonstige Anlagen wirklich dicht zu machen. Die Ausweitung des Streiks auf die Uni-Arbeiter und Dozenten ist nur der erste Schritt: Die Brücke zu den Gewerkschaften, den Massenorganisationen der Arbeiterklasse, muß geschlagen werden. Es müssen Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen von Streikunterstützern durchgeführt werden, die die Abwürgung des Kampfes gegen politische Disziplinierung durch die Gewerkschaftsbürokratie auf der einen, und den kleinbürgerlichen Studentenführern auf der anderen Seite entlarven und gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen gegen Berufsverbote erzwingen. Die Voraussetzung dafür ist die Überwindung der kleinbürgerlichen akademischen Beschränktheit und die Durchsetzung der proletarischen Perspektive.

Das Argument, das Bewußtsein der Massen wäre zu rückständig, der Grad der „Politisierung" zu niedrig, ist das Argument politischer Bankrotteure, die ihre eigene Feigheit mit dem Hinweis auf die Passivität der Massen übertünchen wollen. Diese „Revolutionäre" haben den Kampf für die Mobilisierung der Massen bereits aufgegeben, um sich in die „Bewegung" zu integrieren. Für eine Nachhut, die sich „Vorhut" nennt, besteht keine Notwendigkeit. Marxisten betrachten das Bewußtsein der Massen nicht statisch, sondern als durch kommunistische Tätigkeit entwicklungsfähig. Wäre dem nicht so, so wäre es vergebliche Mühe, kommunistische Parteien aufbauen zu wollen.

Eine revolutionäre Perspektive zu propagieren heißt aber, den Massen als Avantgarde voranzugehen und auch, besonders heute, sich als harte revolutionäre Minderheit gegen den Strom zu stellen. Nichts ist widerlicher als die Scharen der vorgeblichen Linken, die mit revolutionären Phrasen auf den Lippen als U-Boote zusammen mit der „studentischen Bewegung auf dem erreichten Grad der Politisierung" in die Niederlage absacken. Für uns ist das revolutionäre Programm kein Fetzen Papier, sondern eine Anleitung zum Handeln. Gewiß kann eine kleine kämpfende Propagandagruppe heute nicht die Massen in den Kampf führen, doch die Frage lautet: *Wie* bringt man es soweit? Hier öffnet sich auch für eine kleine revolutionäre Avantgardeorganisation ein weites Feld von exemplarischen Aktionen, die zeigen, wie der Kampf geführt werden muß

Exemplarische Streikposten der TLD

Einen solchen exemplarischen Charakter hatte auch die Aktion der TLD am 25. Januar vor der Mensa der FU: Genossen der TLD bildeten vor dem Eingang des Mensagebäudes eine Streikpostenkette und trugen große Schilder mit sich, die dazu aufriefen, die Mensa ebenfalls zu bestreiken und die ganze Universität durch Einbeziehung der Uni-Arbeiter und Dozenten dicht zu machen. Keine der anwesenden Organisationen (KB, KABD, KPD) solidarisierte sich mit der Aktion der TLD und reihte sich in die Streikposten* kette ein. Der KB-Vertreter hinter dem Büchertisch äußerte den Bankrott seiner Organisation: diese Aktion wäre nicht schlecht, aber komme zu spät, die TLD wolle durch diese „putschistische" Aktion das Ruder herumreißen. Richtig, genau das ist die Pflicht jedes ehrlichen Revolutionärs in einer Streiksituation: das Ruder herumzureißen, um die nahende Niederlage abzuwenden, anstatt gebannt auf den „erreichten Grad der Politisierung" zu starren und kummervoll über den „Putschismus" der TLD zu klagen.

Die Tatsache, daß ein Mitglied der GIM und ein Spartacusbund-Mitglied die Streiklinie überschritten haben, zeigt wie fremd diesen verrotteten Organisationen proletarische Kampfformen sind. Streikbruch hört nicht auf, Streikbruch zu sein, bloß weil die Masse der kleinbürgerlichen Studenten ebenfalls die Streiklinie übertritt. GIM und Spartacusbund kapitulieren vor dem rückständigen Bewußtsein der Massen. Weit mehr Bewußtsein hat dagegen eine Anzahl Mitglieder der CISNU bewiesen, die umkehrten, als sie die Streikposten sahen.

Das ist kein Zufall. Im Gegensatz zu Deutschland, wo die militanten Traditionen der Arbeiterklasse durch Faschismus und den Kontinuitätsbruch der revolutionären Führung verschüttet sind und wieder neu, gegen den Strom schwimmend, in die Arbeiterbewegung hineingetragen werden müssen, sind diese im Iran, trotz barbarischer Unterdrückung, lebendig geblieben.

Zweck des Uni-Streiks ist die Lahmlegung des Universitätsbetriebes. Wie in jedem Streik gibt es auch da nur zwei Seiten: wer unterstützt den Streik und wer will den Universitätsbetrieb weiter aufrechterhalten. Diese Linie muß durch Streikpostenketten klar gezogen werden. Ohne Streikpostenketten kann jeder ungehindert die Gebäude betreten, d. h. eine Verteidigung des Streiks ist unmöglich. Sind militante Streikpostenketten vorhanden, entbrennt an dieser Front naturgemäß der Kampf zwischen Streikunterstützern auf der einen und den Streikbrechern und der Polizei auf der anderen Seite. Streikpostenketten sind die *Fronten des Klassenkampfes* — wer sie übertritt, stellt sich auf die Seite der Bourgeoisie!

Es ist die elementarste Pflicht von Revolutionären, diese militanten Traditionen aufzugreifen und zu verteidigen. Nur die TLD hat sich während des Uni-Streiks als dazu fähig erwiesen. Die vorgeblich revolutionären Organisationen zeigten sich nur fähig, die Niederlage zu organisieren.

Perspektivlosigkeit der „Hochschullinken"

Die Jusos und die SEW/ADS zeigten sich der Bourgeoisie von ihrer besten Seite, indem sie den Streik durch eine „Aktionswoche" zu ersetzen suchten, den Streik abwiegelten und ihn durch ihr Bestehen auf Zweidrittel- bis Dreiviertelmehrheiten bei Urabstimmungen letztlich brachen.

KPD/KSV scheuten sich nicht, ihre antikommunistische Losung „Kampf der politischen Unterdrückung in der BRD und der DDR" auch um den Preis der Spaltung der Streikbewegung einzubringen. Mit dieser Forderung appelliert der der KSV an die rückständigsten, antikommunistischen Strömungen, die sich besonders bei der Beschneidung des Rederechts von Arbeiterorganisationen hervortaten und sich auch gegen den KSV selbst wandten. Äußerst widerwärtig war das hüflose Hick-Hack von SEW/ADS und KPD/KSV, die sich gegenseitig vorwarfen, nur „ihre Betroffenen" gegen den bürgerlichen Staat verteidigen zu wollen. Womit natürlich beide recht haben. Beide sind stalinistische Organisationen, die keine Klassenlinie gegen den bürgerlichen Staat ziehen können, sondern nur ihren Bürokratien gehorchen.

Der KSB/ML (Studentensektion der Jugendorganisation Rote Garde der KPD/ML) versuchte krampfhaft, seinen Reformismus durch tönende Phrasen von „revolutionärer Gewalt" zu überdecken. Doch trotz seiner eifrigen Beschwörungen mochte aus der Studentenbewegung keine „revolutionäre Gewalt" hervorwachsen, den Weg der sozialen Ausweitung des Streiks auf die Massenorganisationen

Fortgesetzt auf Seite 22

Das Elend der maoistischen Wirtschaftstheorie

von Joseph Seymour

Die Maoisten rechtfertigen Chinas zunehmend offene und allseitige Allianz mit dem US-Imperialismus gegen die Sowjetunion - was durch Pekings beständige Mahnungen, die NATO zu stärken und durch seine Unterstützung für die von den USA veranlaßte und von Südafrika geführte Invasion Angolas im letzten Winter deutlich wird —, indem sie die Behauptung aufstellen, in der UdSSR sei der Kapitalismus wiederhergestellt worden und diese sei angeblich zu einem „aggressiven, sich ausdehnenden sozialimperialistischen" Staat geworden. Wichtiger noch, die Unterstützung der westlichen Maoisten für die konterrevolutionäre Linie Chinas rührt von dem Glauben her, China sei auf einzigartige Weise sozialistisch, stelle sogar einen höheren Entwicklungsstand des Sozialismus dar als Rußland unter Stalin. Die anscheinend abstrakte Frage, was denn nun den Fortschritt hin zum Kommunismus ausmachet ist daher ein wichtiger Zankapfel unter den Stalinisten, wobei die Verteidiger des Maoismus über jegliche Bedenken zur chinesischen Außenpolitik hinweggehen, indem sie Chinas vermeintlichen unvergleichlich raschen Fortschritt zum sogenannten Kommunismus beschwören.

Die sowjetische stalinistische Konzeption vom „Sozialismus in einem Lande" schloß immer ein großes Element von technologischem Dynamismus ein: den Glauben, das rückständige Rußland könnte mittels seiner geplanten Wirtschaft die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder innerhalb einer Generation oder weniger einholen. In Stalins Probleme des Leninismus (1933) wird die Behauptung aufgestellt: „Wir sind fünfzig oder hundert Jahre hinter den fortgeschrittenen Ländern zurück. Wir müssen diesen Rückstand in zehn Jahren wettmachen."

> **„Frage 2: Was ist der Zweck der Kommunisten? Antwort: Die Gesellschaft so einzurichten, daß jedes Mitglied derselben seine sämtlichen Anlagen und Kräfte in vollständiger Freiheit und ohne dadurch die Grundbedingungen dieser Gesellschaft anzutasten, entwickeln und betätigen kann."**
> **– Friedrich Engels, „Entwurf des Kommunistischen Glaubensbekenntnisses", 1847**

> **„Nur durch die Wechselwirkung dieser drei Elemente — der staatlichen Planung, des Marktes und der Sowjetdemokratie — kann die korrekte Leitung der Wirtschaft in der Übergangsepoche erreicht werden."**
> **– Leo Trotzki, „Die Sowjetwirtschaft in Gefahr", Oktober 1932**

Das maoistische China ist wirtschaftlich sogar qualitativ rückständiger als es Rußland in den dreißiger Jahren war. Der Abgrund zwischen der Produktionskapazität der chinesischen und der amerikanischen Wirtschaft ist so tief, daß es unvorstellbar ist, ihn in irgendeiner politisch bedeutungsvollen zeitlichen Periode zu überwinden. Das maoistische Regime war deshalb gezwungen, nachdem es in den späten fünfziger Jahren mit dem Sowjetblock gebrochen hatte, traditionelle stalinistische Vorstellungen radikal abzuändern.

Der „Sozialismus" wurde neu definiert, um ihn in einem der verarmtesten Länder der Welt als unmittelbar erreichbar erscheinen lassen zu können.





Zwei Apologeten des Maoismus

Links: Charles Bettelheim Rechts: Paul Sweezy

Die maoistische Ideologie ist deshalb weit mehr als der Stalinismus Moskauer Prägung ein dauernder Angriff auf die grundlegende marxistische Prämisse, daß der Sozialismus materiellen Überfluß durch ein Niveau der Arbeitsproduktivität, das weit über dem des entwickeltsten Kapitalismus liegt, voraussetzt. Die maoistische Ideologie beruht auf einer *subjektivistischen* Neubestimmung der Klassengesellschaft. Ergo werden sozialistische Verhältnisse durch eine „Kulturrevolution" erreicht und der Prozeß, der den Kapitalismus in der Sowjetunion angeblich wiederherstellte, wurde hauptsächlich im Kopf Nikita Chruschtschows lokalisiert.

Der Primitivismus und der extreme Voluntarismus des Maoismus — besonders wie er sich während der Periode der „Kulturrevolution" darbot - hat bei den kleinbürgerlichen Radikalen im Westen großen Anhang gefunden. Die Verheißung des Endes der entfremdeten Arbeit hier und jetzt, unter Umgehung der gesamten historischen Periode, die notwendig ist, um das technologische und kulturelle Niveau der Menschheit zu heben, war es, die viele Anhänger Marcuses in den späten sechziger Jahren befähigte, ihre Loyalität auf das maoistische China zu übertragen. Der Glaube, daß China mit dem „Ökonomismus" der Sowjetunion gebrochen habe, um einen wahrhaft „sozialistischen Menschen" zu schaffen, ist es, der den Maoismus mit jener Mystik umgibt und ihm jene Anziehungskraft verleiht, die anderen stalinistischen Regimen der „Dritten Welt" wie Castros Kuba oder Ho Tschi Minhs Vietnam nicht zuteil wird.

Die Wirklichkeit des chinesischen Wirtschaftslebens ist natürlich sehr weit von den Idealisierungen der westlichen Apologeten des Maoismus wie Charles Bettelheim, Paul Sweezy und William Hinton entfernt. Das heutige China ist ebenso in Schichten unterteilt wie Breschnews Rußland, und bürokratische Korruption und Schwarzhandel sind genauso weitverbreitet wie dort. Die Formen der Wirtschaftspolitik, wie sie von dem chinesischen und dem sowjetischen bürokratisch deformierten bzw. degenerierten Arbeiterstaat betrieben werden, haben weit mehr miteinander gemeinsam, als jede dieser Formen mit dem wirtschaftlichen Programm einer wirklich revolutionären, demokratischen Arbeiterregierung.

Im besonderen ähnelt die chinesische Wirtschaftspolitik ziemlich stark der regionalen Dezentralisierung während der späteren Chruschtschow-Periode (1958-64). In beiden Fällen ergab sich die Dezentralisierung aus einer innerbürokratischen Auseinandersetzung, gefolgt vom Versuch, die Kontrolle wirtschaftlicher Ressourcen vom zentralisierten administrativ-technischen Apparat auf die lokalen Parteichefs zu übertragen. Doch ist es nicht der Zweck dieses Aufsatzes, die bestechliche, bürokratische Wirklichkeit Chinas dem von westlichen Lobhudlern gezeichneten „radikalen" maoistischen Wunschbild entgegenzuhalten. Vielmehr soll er den reaktionären, utopischen Charakter dieses Wunschbilds selbst entlarven und angreifen.

Marx gegen primitive Gleichmacherei

Die Identifizierung des Interesses am technischen Fortschritt mit dem „Einschlagen des kapitalistischen Weges" zieht sich durch die ganze maoistische Apologetik. Bettelheim zum Beispiel empfiehlt zurückgebliebenen Ländern, Chinas Politik des „Vertrauens auf die eigene Kraft" zu folgen und ihre Entwicklung nicht auf die Einfuhr fortgeschrittener Technologie zu gründen, die er als in sich kapitalistisch (!) betrachtet:

> „Ist zum Beispiel das Anwachsen der technischen Zusammensetzung des Kapitals, das Wachstum des Umfangs der Produktionseinheiten, das *anscheinend* für die Reduzierung der Kosten notwendig' ist ... , sind beide Phänomene als eine Art .Naturgesetz der Technik', nicht einfach gesellschaftliche Gesetze, eine Auswirkung der *kapitalistischen* Konzentrations- und Zentralisationsgesetze? Es gibt viele Gründe zu glauben, daß das so ist" (Charles Bettelheim, *Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen,* 1974 — Hervorhebung im Original).

Klar erklärt wird der Gegensatz zwischen einem angeblich egalitären, voluntaristischen „chinesischen Weg zum Sozialismus" und dem „Ökonomismus" im Stile der Sowjetunion von Paul Sweezy, der sich weniger darum Sorgen macht, den Maoismus als orthodoxen Marxismus zu reklamieren:

> „... die mit der chinesischen Revolution gemachte Erfahrung ... hat (gezeigt), daß eine niedrige Entwicklungsstufe der Produktivkräfte kein unüberwindliches Hindernis für die sozialistische Umgestaltung sozialer Beziehungen ist und nicht unbedingt zu einem Prozeß ,primitiver Akkumulation' und größter Ungleichheit führen muß, daß der Versuch, als erstes die materiellen Grundlagen für den Sozialismus zu schaffen und die Entwicklung entsprechender sozialer Beziehungen auf später zu verschieben, zu einem Eigentor führt..." („Die Natur der Sowjetgesellschaft, Teil (*Monthly Review,* deutsche Ausgabe, April 1975).

Und Sweezy fährt fort, hervorzuheben, was er für den einzigartigen Beitrag des „chinesischen Weges" zum Marxismus hält:

> „Nur in China, das von allen Ländern der Welt die beste Ausgangsbasis für eine Revolution hatte, war es möglich, daß der Marxismus schließlich von seinem (im wesentlichen bürgerlichen) ökonomistischen Makel gereinigt wurde" („Die Natur der Sowjetgesellschaft, Teil II", *Monthly Review,* deutsche Ausgabe, Juni 1975).

Es ist das Schicksal des Revisionismus, diejenigen Lehren und Ideen wiederzuentdecken, *gegen* die der Marxismus entwickelt wurde. Im Falle des Maoismus erkennt man eine klare Wendung zu vormarxistischen kleinbürgerlichen Konzeptionen des Sozialismus. Die von den ersten Sozialisten — Babeuf, Owen, Weitling, Cabet - entworfenen programmatischen Modelle waren selbstgenügsame Produktionseinheiten ohne Geld und ohne Markt, bei denen durch eine zentrale politische Autorität die Arbeit zugewiesen und die Güter verteilt wurden. Kurzum, sie stellten reine Versionen der "Volkskommunen" während der Periode des Großen Sprunges Nach Vorn in China dar, was Bettelheim für eine höhere Stufe des Sozialismus als das Staatseigentum der Sowjetunion hält.

Um Babeuf und den anderen frühen Kommunisten historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, muß man sagen, daß ihr Gesellschaftsmodell notwendigerweise durch die vorindustrielle Technologie, die im kontinentalen Europa vorherrschte, begrenzt und von ihr abhängig war. Marx konnte die primitiven gleichmacherischen Vorstellungen vom Sozialismus nur deshalb überwinden, weil er die Bedeutung der industriellen Revolution in England erkannte und verarbeitete (zum großen Teil durch seine Verbindung mit Engels). Praktisch vom ersten Tage an, nachdem er im Jahre 1843 Kommunist geworden war, griff Marx vehement die Lehren des „Kasernensozialismus" an, die unter den zeitgenössischen Kommunisten wie Weitling und Cabet vorherrschten: „Dieser Kommunismus — indem er die *Persönlichkeit* des Menschen überall negiert — ist eben nur der konsequente Ausdruck des Privateigentums, welches diese Negation ist ... Der rohe Kommunist ist nur die Vollendung dieses Neides und dieser Nivellierung von dem *vorgestellten* Minimum aus. Er hat ein *bestimmtes begrenztes* Maß. Wie wenig diese Aufhebung des Privateigentums eine wirkliche Aneignung ist, beweist eben die abstrakte Negation der ganzen Welt der Bildung und der Zivilisation, die Rückkehr zur *unnatürlichen* Einfachheit des *armen,* rohen und bedürfnislosen Menschen, der nicht über das Privateigentum hinaus, sondern noch nicht einmal bei demselben angelangt ist" (Karl Marx, *Ökonomisch-philosophische Manuskripte,* 1844 — Hervorhebung im Original).

Und als der Bund der Kommunisten im September 1847 die erste und einzige Ausgabe seiner *Kommunistischen Zeitschrift*

Zeitschrift herausgab, begann sie mit einem Leitartikel, der den Bund gegenüber anderen zeitgenössischen kommunistischen Tendenzen (wie auch gegenüber seinen eigenen Ursprüngen aus dem primitiv-egalitären Bund der Gerechten) abhob:

„Wir sind keine Kommunisten, welche die persönliche Freiheit vernichten und aus der Welt eine große Kaserne oder ein großes Arbeitshaus machen wollen. Es gibt freilich Kommunisten, welche ... die. persönliche Freiheit, die nach ihrer Meinung der Harmonie im Wege steht, leugnen und aufheben wollen; wir aber haben keine Lust, die Gleichheit mit der Freiheit zu erkaufen. Wir sind überzeugt ... daß in keiner Gesellschaft die persönliche Freiheit größer sein kann als in derjenigen, welche sich auf Gemeinschaft gründet" (in: *Der Bund der Kommunisten, Dokumente und Materialien,* Band I, 1970).

Es gibt keinen besseren Nachweis der reaktionären Natur des maoistischen Sozialismus-Konzepts, als die Tatsache, daß es vom Vortrupp des europäischen Handwerksproletariats — den ersten Marxisten — zurückgewiesen wurde — *vor 130 Ja-renl*

Die Ähnlichkeit zwischen vormarxistischen Sozialismusmodellen und dem „radikalen" maoistischen Ideal rührt daher, daß beide ideologische Ausdrucksformen *von der Geschichte zum Untergang verurteilter* sozialer Gruppen sind. Primitive Gleichmacherei — „Kasernensozialismus" - lautete die Antwort der Handwerker, die durch den Beginn der industriellen Revolution in bittere Not getrieben wurden. Es war der ideologische Ausdruck des Dranges, der feindlichen kapitalistischen Umgebung durch die voluntaristische Bildung von selbstgenügsamen Produzenten-Genossenschaften zu *entkommen.*

Die voluntaristische maoistische Version des „Sozialismus in einem Land" drückt das falsche Bewußtsein einer stalinistischen Bürokratie in einem wirtschaftlich rückständigen deformierten Arbeiterstaat aus, der in einer von den fortgeschrittenen kapitalistischen Mächten beherrschten Welt isoliert ist. Der Sturz des Weltkapitalismus durch die internationale proletarische Revolution würde das chinesische stalinistische Regime hinwegfegen. Deshalb weist die maoistische Bürokratie instinktiv die internationale proletarische Revolution als den Schlüssel zu einer sozialistischen Zukunft zurück und liefert einen Entwurf des Kommunismus als die *Idealisierung der bestehenden chinesischen Wirklichkeit.*

Wie Marx in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, bestehen die Trotzkisten, seine heutigen Nachfolger, darauf, daß der Sozialismus nur auf der revolutionären Aneignung der Produktivkräfte der fortgeschrittenen kapitalistischen Nationen basieren kann.

Obskurantismus im Dienste des maoistischen Subjektivismus

Die ehrgeizigste Anstrengung, dem rohen, selbst Maoisten in Verlegenheit stürzenden Subjektivismus der Leitartikel aus der *Peking Rundschau* einen marxistischen Anstrich zu geben, unternimmt Charles Bettelheim, ein langjähriger französischer orthodoxer Stalinist, der in den späten sechziger Jahren für den Maoismus gewonnen wurde. Bettelheims Arbeiten sind langatmige Übungen in Obskurantismus. Wie vorauszusehen, kommt Bettelheim nach bombastischen terminologischen Windungen und spitzfindigen Vergewaltigungen der Logik zu der Schlußfolgerung, daß der Klassencharakter einer Gesellschaft von der Geisteshaltung seiner herrschenden Schicht abhängt. Bettelheims Behauptung, der Kapitalismus wäre in der UdSSR wiederhergestellt, ist genauso weit vom wissenschaftlichen Sozialismus entfernt, wie die aufeinanderfolgenden Behauptungen seiner chinesischen Mentoren, Liu Schao-tschi, dann Lin Biao und gegenwärtig Djiang Tjing wären „Wegbereiter des Kapitalismus" (und noch dazu langjährige doppelzüngige „Wegbereiter des Kapitalismus").

Das marxistische Verständnis des Kapitalismus, als eines Systems verallgemeinerter Warenproduktion, das mit dem Privateigentum an Produktionsmitteln verknüpft ist und dieses voraussetzt, weist Bettelheim natürlich zurück. Stattdessen zieht er es vor, den Kapitalismus als „die Trennung der unmittelbaren Produzenten von den Produktionsmitteln" zu definieren. Dies ist eine verschwommene Formulierung, die nach neulinker Freiheitstümelei und Anarcho-Syndikalismus schmeckt. Bettelheim sieht in der Lohnarbeit das wesentliche Element des Kapitalismus:

„An dem oben Gesagten ist besonders der eine Punkt hervorzuheben,' daß nämlich gerade das *Lohnverhältnis,* das in eine *Warenproduktion* interveniert ... ein kapitalistisches gesellschaftliches Verhältnis ausmacht" *{Ökonomischer Kalkül und 'Eigentumsformen* — Hervorhebung im Original).

Wie jeder andere, der den Begriff „Staatskapitalismus" zur Beschreibung der UdSSR benutzt, hat er dafür seine eigene besondere Definition. Eigentlich verwendet er zwei grundlegend *verschiedene* Definitionen. Für Bettelheim bedeutet Staatskapitalismus *entweder* die Gesamtheit der Warenverhältnisse *innerhalb* der Diktatur des Proletariats *oder* eine neue *bürgerliche* Produktionsweise. Dieser in hohem Maße verwirrende begriffliche Dualismus ist sehr wichtig für Bettelheims Zwecke der Verteidigung des chinesischen Stalinismus gegen den Kreml.

Klar oder wenigstens klarer tritt dies hervor, wenn man Bettelheims Maoismus dem unverfälschten Anarchosyndikalismus gegenüberstellt. Für einen Anarchosyndikalisten ist eine durch Lohnarbeit charakterisierte Wirtschaftsordnung Kapitalismus und damit hat sich's. Aber Bettelheim ist kein Anarchosyndikalist — er ist Stalinist. Er glaubt fest an die unkontrollierte Herrschaft einer bürokratischen Elite, die sich als leninistische Avantgardepartei maskiert und sich durch Gewalt und Terror gegen die von den Arbeitermassen aufkommende Opposition an der Macht hält.

Im theoretischen Schema Bettelheims ist der „Staatskapitalismus" dem Aufbau des Sozialismus „untergeordnet", wenn eine wahre proletarische Avantgarde an der Macht ist (im Falle des maoistischen China). Wenn aber die Macht nicht in den Händen einer wahren Avantgarde ist, wird der „Staatskapitalismus" vorherrschend (wie in Breschnews Rußland):

„In wenigen Worten, wenn der Staatsapparat, der die Produktionsmittel besitzt (als einem Resultat der Staatskontrolle), *getrennt* von den Massen existiert und wenn überdies dieser *Apparat nicht Gegenstand der Kontrolle durch eine Partei ist, die in den Massen verankert ist und den Massen kämpfen hilft, die Kontrolle über den von den Produktionsmitteln erzeugten Nutzen zu erringen,* sind wir mit Beziehungen konfrontiert, die eine Struktur darstellen, die die *Trennung der unmittelbaren Produzenten von ihren Produktionsmitteln* reproduziert. Wenn unter diesen Bedingungen das Verhältnis zwischen Arbeitskraft und Produktionsmitteln durch ein *Lohnverhältnis* ausgedrückt wird, heißt das, daß die Produktionsverhältnisse *kapitalistische Verhältnisse* sind und daß jene, die führende Posten im zentralen Staatsapparat und in den mit ihm vereinigten Apparaten innehaben, *als Kollektiv, eine kapitalistische,* eine Staats- ***Bourgeoisie,*** sind...

Deshalb kann es keine Diktatur des Proletariats geben, wenn die herrschende Partei nicht die Partei der Arbeiterklasse ist" (Charles Bettelheim, mit Paul Sweezy, *On the Transition to Socialism,* 1972 — Hervorhebung im Original).

Da Bettelheim die Meinung verficht, daß die Avantgardepartei durch einen friedlichen, gesetzmäßigen Prozeß entartet und ihren Klassencharakter verlieren kann, kann demnach der Kapitalismus ohne eine gewaltsame Konterrevolution wieder errichtet werden. Der Maoismus beinhaltet demzufolge die grundsätzliche Zurückweisung der leninistischen Staatstheorie zugunsten eines subjektivistischen Voluntarismus.

Rüstet uns Bettelheim mit einem objektiven Maßstab — wie etwa Beschaffenheit und Umfang wirtschaftlicher Planung — für die Frage aus, ob Warenverhältnisse in einer gegebenen kollektivisierten Wirtschaft vorherrschend oder untergeordnet sind? Nein, er leugnet die Existenz eines solchen objektiven Maßstabes. Ist es nicht wahr, daß in China der Markt eine viel größere Rolle spielt und die Unternehmen dort weit größere Selbständigkeit genießen als in Breschnews Rußland? „Einbildung!", schreit Bettelheim. Die Befähigung zur Wirtschaftsplanung wird nur den wahren Jüngern erteilt. Und da die Kremlherren nicht mehr zu den Gläubigen zählen, haben sie die Befähigung zum Planen verloren. Es gibt keine Wirtschaftsplanung in der UdSSR!

„Wenn eine solche Avantgarde nicht existiert, insbesondere wenn die führende »Arbeiterpartei nicht oder nicht mehr die Merkmale besitzt, die sie zu einer Avantgarde der Arbeiterklasse machen, *existieren* die *politischen* und *ideologischen Voraussetzungen,* die die Vorherrschaft von Planverhältnissen über die Warenverhältnisse erlauben, *nicht.* Ist das der Fall, so kann es wohl *formal* ein ‚Dokument' geben, das man ‚Plan' nennt, aber das verschleiert nur das Fehlen einer wirklichen Planung" (*Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen* - Hervorhebung im Original).

An diesem Punkt vereinigt sich Bettelheim wieder mit dem unverhüllten Subjektivismus der *Peking Rundschau.* Klassen entstehen nicht länger aufgrund objektiver wirtschaftlicher Verhältnisse, sondern hängen von der Geisteshaltung derer ab, die zu irgendeiner gegebenen Zeit die Macht ausüben. Wie wissen wir, ob es eine „wirkliche" proletarische Avantgarde ist, die für „wirkliche" wirtschaftliche Planung bürgt? In dieser Schlüsselfrage können Bettelheim und seine maoistischen Gesinnungsgenossen nur aufgrund blinden Glaubens — und der letzten Säuberung — eine Offenbarung bieten. Wir fragen uns, ob Bettelheim nicht durch die Säuberung Djiang Tjings und der anderen „Radikalen" der Kulturrevolution in seinem eigenen Glauben an die chinesische Kommunistische Partei als „wirkliche Avantgarde" erschüttert wurde. Denn letzten Endes wurden Bettelheims Spekulationen ursprünglich durch die Kulturrevolution inspiriert, deren Führer nunmehr alle entweder tot sind oder als „Wegbereiter des Kapitalismus" im Gefängnis sitzen.

Existiert Geldkapital in der UdSSR?

Bettelheims Behauptung, daß die in der Sowjetunion (und in China) existierende Lohnarbeit eine kapitalistische Produktionsbeziehung sei, macht weitere Untersuchung notwendig. Durch die Arbeiten Bettelheims zieht sich eine Fixierung darauf, daß die *Geldform* in sich kapitalistisch sei. Die Gegenüberstellung von monetärem (kapitalistischem) zu ökonomischem (sozialistischem) Kalkül in verschiedenartigen Naturaleinheiten, die die verschiedenen Arten von Arbeitsaufwand miteinschließen, ist ein zentrales Thema in *Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen.*

Unter dem Kapitalismus bedeutet Lohnarbeit Tausch von Geldkapital gegen Arbeitszeit. Geld ist nicht irgendein Stück Papier, das manchmal gegen Waren getauscht werden kann. Bezugsscheine sind kein Geld. Geld ist die *verallgemeinerte* Verkörperung des Tauschwertes; nach Marx existiert Geld als „allgemeines Zahlungsmittel, allgemeines Kaufmittel und absolut gesellschaftliche Materiatur des Reichtums", *(Das Kapital,* Bd. l, Kapitel 3). Was das Geld von anderen Finanzformen unterscheidet, ist genau sein verallgemeinerter Tauschwert. Deshalb bestand Marx darauf, daß Geld nicht auf staatlicher Geldschöpfung basieren könne, sondern letztlich nur auf Edelmetallen, denen als Arbeitsprodukten ein Wert innewohnt.

In einer kapitalistischen Wirtschaft addiert sich der Verkauf eines Konsumgutes unmittelbar und sofort zum Geldkapital des bestimmten Kapitalisten, der es produzierte und vertrieb. In der Sowjetunion besteht im Gegensatz dazu eine strenge Trennung zwischen dem mit den Löhnen und der Konsumtion verbundenen Finanzumlauf und dem mit den zwischenbetrieblichen Transaktionen verknüpften. Diese empirische Tatsache wird von jedermann anerkannt, von Josef Stalin selbst (in seinen *Ökonomischen Problemen des Sozialismus),* bis zu allen bürgerlichen Experten der Sowjetwirtschaft. Nur Bettelheim und seine maoistischen Glaubensgenossen denken, daß Geldkapital in der Sowjetunion zirkuliert.

Durch den Verkauf eines Konsumgutes in der UdSSR wird das Bankguthaben des dieses Konsumgut herstellenden Unternehmens nur sehr mittelbar berührt, nämlich durch die Vermittlung höherer wirtschaftlicher Autoritäten. Darüberhinaus stellen die Bankkonten sowjetischer Unternehmen auch kein Geldkapital dar. Die Manager der Unternehmen können „ihre" Vermögenseinkünfte nicht dazu verwenden, käuflich zu erwerben, was sie wollen, sondern nur Güter, die im Versorgungsplan angegeben sind oder von höherer Stelle nachträglich genehmigt werden. Benutzt man zur Beschreibung des sowjetischen Finanzsystems kapitalistische Kategorien, so kann man sagen, daß die

Arbeiter mit verallgemeinerten Bezugsscheinen bezahlt werden und die Unternehmen durch Ausweiten und Zusammenziehen des Handelskredites untereinander ein- und verkaufen und nicht durch die Zirkulation von Geldkapital.

In dieser Beziehung entspricht die Sowjetwirtschaft Marx' eigenen unklaren Entwürfen über die finanziellen Mechanismen einer sozialistischen Wirtschaft unter Mangelverhältnissen:

„Das Geldkapital fällt bei gesellschaftlicher Produktion fort. Die Gesellschaft verteilt Arbeitskraft und Produktionsmittel in die verschiedenen Geschäftszweige. Die Produzenten mögen meinetwegen papierne Anweisungen erhalten, wofür sie den gesellschaftlichen Konsumtionsvorräten ein ihrer Arbeitszeit entsprechendes Quantum entziehen. Diese Anweisungen sind kein Geld. ***Sie zirkulieren nicht'*** (Karl Marx, *Das Kapital,* Bd. II, Kapitel 18).

Rationierung gegen Verteilung durch den Markt

Wie vorauszusehen, betrachtet Bettelheim die Abschaffung der Waren*formen* in der Produktion als Ziel des Sozialismus. Und er hält die Hinentwicklung zu diesem Ziel hauptsächlich mittels „ideologischer Revolutionierung" für realisierbar:

„Die Einheit des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters muß sich auf politischer wie auf ideologischer Ebene entwickeln. Diese Einheit erlaubt es, eine spätere Beseitigung der Warenverhältnisse, die noch bestehen, und die Entwicklung neuer sozialistischer Gesellschaftsverhältnisse konkret ins Auge zu fassen. Diese Entwicklung ist unmittelbar mit der *ideologischen Revolutionierung durch den Klassenkampf verbunden, der unter der Führung der chinesischen Kommunistischen Partei stattfindet"* (Charles Bettelheim, *China nach der Kulturrevolution: Industrielle Organisation, dezentralisierte Planung und Wertgesetz,* 1974 - Hervorhebung von uns).

Daß Marx Lohnarbeit mit differenzierten Löhnen als ein notwendiges Merkmal des Übergangs zum Kommunismus betrachtet, ist wohlbekannt, da dies ausdrücklich in der *Kritik des Gothaer Programms* und im *Anti-Dühring* festgehalten wurde. Erst wenn die Arbeit einen unbedeutenden Teil an Zeit und Energie in Anspruch nimmt, wird sie der Einzelne freiwillig dem Gemeinwesen schenken. Marx hätte die Vorstellung, daß die Lohnarbeit durch „ideologische Revolutionierung" abgeschafft werden könnte, mit beißendem Spott als subjektiven Idealismus verhöhnt. In Wirklichkeit ist die vorgebliche Bevorzugung der „Moral" gegenüber „materiellen Anreizen" durch die chinesische Bürokratie einzig und allein ein Deckmantel für die Arbeitsverteilung durch *staatlichen Zwang,* was sowohl unterdrückender wie auch wirtschaftlich weniger effektiv als Lohnarbeit ist.

Augenscheinlich wird der Gebrauch von staatlichem Zwang durch die Praxis der chinesischen Bürokratie, städtische studentische Jugendliche für unbestimmte Zeit aufs Land zu verschicken. Diese Praxis erzeugt nicht nur gewaltige soziale Unzufriedenheit, sondern stellt wahrscheinlich auch einen Nettoverlust für die chinesische Wirtschaft dar. Die umgesiedelten Jugendlichen sind gleichgültige, nachlässige Landwirte. Die Bauern grollen berechtigterweise darüber, daß sie widerspenstige und arbeitsscheue Jugendliche, die sich wie in einem Gefangenenlager benehmen, teilweise unterstützen und mit ihnen zusammenleben müssen.

Seine Vorurteile führen Bettelheim auch zur Bevorzugung der Rationierung oder sozialisierten Verteilung gegenüber dem individuellen Erwerb von Konsumgütern. Das Ziel des Sozialismus ist es jedoch nicht, eine gleichförmige Lebensweise vorzuschreiben, sondern genau das Gegenteil: die volle Entwicklung der individuellen Fähigkeiten. Diese Entwicklung ist nicht in erster Linie eine geistige, sondern erfordert die individuelle Aneignung materiellen Reichtums. Die Malerei und Bildhauerkunst z. B. erfordern mannigfaltige Beigaben, die in vielen feinen Abstufungen erhältlich sind. Eine sozialistische Wirtschaft trachtet innerhalb der von der allgemeinen Verfügbarkeit gesteckten Grenzen danach, die individuelle Auswahl an Konsumgütern zu vergrößern.

Die Rationierung untergräbt dieses Ziel ebenso wie die „freie" Verteilung von Mangelgütern auf der Grundlage: Wer zuerst kommt, mahlt zuerst. Als Fidel Castro und Che Guevara in den frühen sechziger Jahren in Kuba über Nacht den Sozialismus einführen wollten, schafften sie die Telefongebühren ab. Das Ergebnis war, daß man stundenlang warten mußte, um ein Telefongespräch fuhren zu können! Sogar unter der breitesten und vollkommensten Arbeiterdemokratie bringen Rationierung, diskriminierende Preisfestsetzung und sozialisierte Verteilung ein Element administrativer Willkür und Subjektivität mit sich. In China, wo die Administratoren aus einer irrationalen, in Cliquen zerrütteten Bürokratie bestehen, ist die subjektive Willkür unendlich größer.

Natürlich muß in Zeiten eines Krieges oder einer Naturkatastrophe eine scharfe administrative Kontrolle über alle Sektoren der Wirtschaft errichtet werden. Aber während der Diktatur des Proletariats gilt unter der Voraussetzung der bestmöglichen Lohnstruktur die Norm, daß der Markt der leistungsfähigste, empfindlichste und demokratischste Mechanismus ist, Mangelkonsumgüter und Dienstleistungen an individuelle Bedürfnisse und Wünsche anzupassen. Die Ausweitung der sozialisierten Verteilung sollte eine Ausnahme sein, die nur durch bestimmte Vorzüge gerechtfertigt werden sollte. So mag etwa ein Arbeiterstaat die freie oder die subventionierte Verteilung zur Bereitstellung von Sportanlagen anwenden. Sinnvoll ist es auch, kostenlos solche Dienstleistungen, wie innerstädtische Massenverkehrsmittel, zur Verfügung zu stellen, deren Nachfrage durch den Preis wenig beeinflußt wird. Doch solange damit nicht die Abschaffung des Mangels ausgedrückt wird, schränkt die Ausweitung der sozialisierten Verteilung die individuelle Auswahl ein und verarmt das gesellschaftliche Leben.

Hier steht Marx wieder in ausdrücklicher Opposition zu Bettelheims „chinesischem Weg zum Sozialismus". Marx zog in Erwägung, daß in einer kollektivisierten Wirtschaft unter Mangelverhältnissen, die Konsumgüter mit Preisen versehen und zu ihren Produktionskosten *verkauft* würden. Er meinte durchaus, daß die Ausschaltung zufälliger Marktschwankungen einen der Vorteile wirtschaftlicher Planung bedeuten würde und die Konsumgüter zu ihrem wirklichen Wert und ihrem mengenmäßigen Gleichgewicht käuflich sein würden:

„(Nur wo die Produktion unter wirklicher *vorherbestimmender Kontrolle* der Gesellschaft steht, schafft die Gesellschaft den Zusammenhang zwischen dem Umfang der gesellschaftlichen Arbeitszeit, verwandt auf die Produktion bestimmter Artikel, und dem Umfang des durch diese Artikel zu befriedigenden gesellschaftlichen Bedürfnisses.) ... Entspricht aber der Umfang der gesellschaftlichen Arbeit, die zur Produktion eines bestimmten Artikels verwandt, dem Umfang des zu befriedigenden gesellschaftlichen Bedürfnisses, so daß also die produzierte

Masse dem gewöhnlichen Maßstab der Reproduktion bei unveränderter Nachfrage entspricht, so wird die Ware zu ihrem Marktwert verkauft. Der Austausch oder Verkauf der Waren zu ihrem Wert ist das *Rationelle,* das natürliche Gesetz ihres Gleichgewichts ..." *(Das Kapital* Bd. III, Kapitel 10 - Hervorhebung von uns). Unter der Diktatur des Proletariats sollte der Markt der normale Mechanismus zur Verteilung des *existierenden* Angebots von Mangelgütern und Dienstleistungen sein, die für die individuelle Konsumtion bestimmt sind. Die *Ausweitung* der Produktionskapazität für bestimmte Konsumgüter sollte jedoch durch den zentralisierten Investitionsplan bestimmt werden. Größere Investitionen in bestimmten Konsumgüterindustrien (wie etwa der Aufbau einer Autoindustrie) sollten jedoch nicht nur aufgrund der voraussehbaren Marktlage durchgeführt werden, sondern nach einer kollektiven (d. h. politischen) Entscheidung über die allgemeine gesellschaftliche Erwünschtheit.

Der marxistische Weg vom Mangel zum Kommunismus

In einem gewissen Sinne offenbart sich der krasse Anti-Marxismus der maoistischen Ideologen mehr durch das, was sie nicht sagen, als durch das, was sie sagen. Praktisch immer, wenn Marx und Engels über die kommunistische Gesellschaft und den Fortschritt dahin schrieben, stellten sie die radikale Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit und ihre Ersetzung durch schöpferische, wissenschaftliche Arbeit in den Brennpunkt ihrer Ausführungen. Die Einschränkung der Arbeitszeit, die zur Erzeugung notwendiger Güter aufgewendet werden mußte, war für Marx nicht nur ein zentraler Maßstab des menschlichen Fortschrittes. Vielmehr war die Verkürzung des Arbeitstages Gegenstand eines großen Teiles seiner politischen Agitation, besonders in den frühen Jahren der Ersten Internationale.

In den Schriften von Bettelheim, Sweezy und Konsorten. kann man die Verkürzung der Arbeitszeit als Vorbedingung des Sozialismus nirgendwo finden. Warenverhältnisse sollen auf Grundlage der bestehenden Technologie beseitigt werden, bei nur geringen Änderungen der Menge und Qualität der Arbeit. Sweezy liefert folgende Kurzdefinition des Kommunismus:

> „... im Kommunismus sind die Klassen verschwunden; der Staat ist abgestorben; die verkrüppelnden Formen der Arbeitsteilung sind überwunden worden; der Unterschied zwischen Stadt und Land sowie zwischen körperlicher und geistiger Arbeit ist beseitigt; die Güterverteilung richtet sich nach den Bedürfnissen, usw." („Für eine systematische Erforschung des Überganges zum Sozialismus", *Monthly Review,* deutsche Ausgabe, März 1976).

Wie das möglich ist und warum das nicht schon zur Zeit der Pharaonen hätte erreicht werden können, erwähnt dieser maoistische Ideologe bei seinen Anstrengungen, den „ökonomistischen" Marxismus zu bekämpfen, nicht.

Da wir die Fragen von Arbeit und Wirtschaft in den Brennpunkt stellen, haben wir die *nationalistische* Abweichung, die das stalinistische Konzept vom „Sozialismus in einem Lande" in sich birgt, noch nicht diskutiert. Aber Sweezys Beschreibung des Kommunismus schreit auch in diesem Punkt nach Widerlegung. Sweezys stalinistische Ideologie ist so tief verwurzelt, daß Sweezy nicht einmal bemerkt, daß die marxistische Konzeption des Kommunismus als eines ihrer zentralen Elemente das *Verschwinden der nationalen Bande* enthält.

Für jene, die ihre »»marxistische Bildung" vom *Monthly Review-Kreis* oder gar von noch vulgäreren stalinistischen Ideologen erhalten haben, wird die ursprüngliche marxistische Vision der kommunistischen Gesellschaft eine schockierende Enthüllung sein. Als Engels den ersten Entwurf dessen schrieb, woraus das *Kommunistische Manifest* entstand, erklärte er:

> „Die Nationalitäten der nach dem Prinzip der Gemeinschaft sich verbindenden Völker werden durch diese Vereinigung ebensosehr genötigt sein, sich zu vermischen und dadurch sich aufzuheben, wie die verschiedenen Stände- und Klassenunterschiede durch die Aufhebung ihrer Grundlage, des Privateigentums, wegfallen" („Entwurf des Kommunistischen Glaubensbekenntnisses", Juni 1847, in: *Der Bund der Kommunisten, Dokumente und Materialien,* Bd. I).

Um zum Hauptthema dieses Artikels zurückzukehren, so ist die Phrase Sweezys, daß unter dem Kommunismus die Unterschiede zwischen „geistiger und körperlicher Arbeit .. . beseitigt" worden sind, nebulös und infolgedessen irreführend. Für Marxisten ereignet sich diese „Aufhebung" durch die *Eliminierung* der mühevollen, mechanischen Arbeit und ihre Ersetzung durch schöpferische, wissenschaftliche Arbeit. Marx betrachtete die Eliminierung der unmittelbaren körperlichen Arbeit aus dem Produktionsprozeß und ihre Ersetzung durch die Überwachung der Maschinerie als die fortschrittlichste Tendenz der kapitalistischen Industrialisierung:

„Der wirkliche Reichtum manifestiert sich vielmehr — und dies enthüllt die große Industrie - im ungeheuren Mißverhältnis zwischen der angewandten Arbeitszeit und ihrem Produkt, wie ebenso im qualitativen Mißverhältnis zwischen der auf eine reine Abstraktion reduzierten Arbeit und der Gewalt des Produktionsprozesses, den sie bewacht. Die Arbeit erscheint nicht mehr so sehr als in den Produktionsprozeß eingeschlossen, als sich der Mensch vielmehr als Wächter und Regulator zum Produktionsprozeß selbst verhält... Es ist nicht mehr der Arbeiter, der modifizierten Naturgegenstand als Mittelpunkt zwischen das Objekt und sich einschiebt; sondern den Naturprozeß, den er in einen industriellen umwandelt, schiebt er als Mittel zwischen sich und die unorganische Natur, deren er sich bemeistert. Er tritt neben den Produktionsprozeß, statt sein Hauptagent zu sein" (Karl Marx, *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie,* S. 592 f.). Mit anderen Worten, Marx verstand unter Kommunismus das, was man heute eine vollautomatisierte Gesellschaft nennen würde. Seine Opposition zum Kapitalismus als einem System der Produktion fußt darauf, daß dieses den technischen Fortschritt ***aufhält,*** weil die Ausweitung der Produktionsmittel eine historisch fallende Profitrate erzeugt.

Der revolutionäre Sturz des kapitalistischen Staates erlaubt die Enteignung und zentralisierte Kontrolle der existierenden Produktionsmittel. Die volle, rationale Ausnützung wirtschaftlicher Ressourcen, besonders Investitionen, welche die entwickeltste Technologie einschließen, ruft einen qualitativen Sprung in der Arbeitsproduktivität hervor. Zum Teil wird die gestiegene Arbeitsproduktivität zur Hebung des Niveaus der Konsumtion verwendet, hauptsächlich aber für eine bedeutende Verringerung der Arbeitszeit. Die zusätzliche Freizeit wird für die Umschulung der Arbeitermassen benötigt, was deren kulturelles Niveau und technische Kapazität hebt. Wenn diese Arbeiter in den Produktionsprozeß

Pseudotrotzkistisches Familientreffen in London

Auf einer Veranstaltung am Freitag letzter Woche in London, die von 1 500 Leuten besucht war, sollten sich zum ersten Mal seit 25 Jahren Ernest Mandel, Pierre Lambert, Michel Pablo und Vertreter der amerikanischen Socialist Workers Party (SWP) auf derselben Rednertribüne wiederfinden. Hinter den Rednern befand sich ein Transparent mit der Parole „Für Arbeiterdemokratie — Gegen systematische Verleumdungen" („For Workers' Democracy — Against Frame-ups and Slanders"). Der angebliche Zweck dieser Versammlung von Renegaten des Trotzkismus bestand darin, die ungeheuerlichen Anschuldigungen von Gerry Healy zu verurteilen, daß die Führer der SWP, Joe Hansen und George Novack, „Komplizen der GPU" bei der von Stalin initiierten Ermordung von Leo Trotzki 1940 waren.

Ganz sicher verdienen Healys abscheuliche Verleumdungen nichts als die äußerste Verachtung von Revolutionären, da sie offensichtlich absurd und bar jeder Grundlage sind und darüberhinaus dazu dienen, der stalinistischen Lüge Vorschub zu leisten, Trotzki sei von „einem seiner eigenen Leute" ermordet worden. Aber die Hauptabsicht der Organisatoren der Veranstaltung lag woanders. Die Veranstaltung am Freitag, die auf einer Sitzung des „Vereinigten" Sekretariats (VS) im Oktober 1976 geplant wurde, zur selben Zeit, als ein mißglücktes Abkommen zwischen dem VS und der französischen OCI (siehe „No Tango in Paris", *Workers Vanguard* Nr. 137, 10. Dezember 1976) ausgearbeitet worden war, lieferte ein Forum für die Häuptlinge der zerstrittenen Fraktionen der konkurrierenden Revisionisten die sich hinter der Maske des Trotzkismus verstecken, um öffentlich das Kriegsbeil zu begraben.

Hoch schlugen die Wellen der Entrüstung gegen Healy und seine stalinistischen Praktiken, die von gangsteristischen Angriffen gegen Linke bis zu bösartigen Denunziationen als angebliche Polizeispitzel und Rufmord reichen. Healy verdient voll und ganz die härteste Verurteilung für seine boshaften Verleumdungen und sein Rowdytum, aber die extrotzkistischen Honoratioren, die seine Farce vom Antirevisionismus dazu benutzen, um ihre eigenen Manöver zu rechtfertigen, haben wenig Grund, sich ihrerseits als Anhänger der Arbeiterdemokratie zu rühmen.

Tim Wohlforth, Healys ehemaliger Lakai, trat in der Rolle des „geretteten" Sünders und verlorenen Sohnes auf. Nachdem Wohlforth zwölf Jahre unterwürfiger Satrap des amerikanischen Healyismus gewesen war, wurde er von seinem Herrn und Meister gebrandmarkt (und gezwungenermaßen beschuldigt, eine Genossin, die als „CIA-Agentin" verdächtigt wurde, gedeckt zu haben). Wohlforth, der jetzt im *Militant* der SWP Bücher bespricht, schilderte mitleidheischend Betrübnis und Pein, denen er und seine Gefährtin Nancy Fields ausgesetzt waren, nachdem Healy sie 'rausgeworfen hatte („niemand klopfte an unsere Tür"). Dabei enthüllte er unbeabsichtigt seine eigene moralische Feigheit und völlige Unfähigkeit, ein revolutionärer Führer ; sein.

Nach Wohlforth war „die schwierigste Sache, die ich

---

zurückkehren, so werden sie weitere Produktivitätssteigerungen anregen. Somit werden Steigerungen der Arbeitsproduktivität ein sich ständig selbst erneuernder und selbst verstärkender Vorgang:

> „Die wirkliche Ökonomie — Ersparung - besteht in Ersparung von Arbeitszeit; (Minimum (und Reduktion zum Minimum) der Produktionskosten); diese Ersparung aber identisch mit Entwicklung der Produktivkraft. Also keineswegs Entsagen vom Genuß, sondern Entwickeln von power, von Fähigkeiten zur Produktion und daher sowohl der Fähigkeiten, wie der Mittel des Genusses. Die Fähigkeit des Genusses ist Bedingung für denselben, also erstes Mittel desselben und diese Fähigkeit ist Entwicklung einer individuellen Anlage, Produktivkraft. Die Ersparung von Arbeitszeit gleich Vermehren der freien Zeit, d. h. Zeit für die volle Entwicklung des Individuums, die selbst wieder als die größte Produktivkraft zurückwirkt auf die Produktivkraft der Arbeit. .. Die freie Zeit — die sowohl Mußezeit als Zeit für höhere Tätigkeit ist — hat ihren Besitzer natürlich in *ein andres Subjekt* verwandelt und als dies andre Subjekt *tritt er dann* auch in den unmittelbaren Produktionsprozeß. Es ist dieser zugleich Disziplin, mit Bezug auf den werdenden Menschen betrachtet, wie Ausübung, Experimentalwissenschaft, materiell schöpferische und sich vergegenständlichende Wissenschaft mit Bezug auf den gewordnen Menschen, in dessen Kopf das akkumulierte Wissen der Gesellschaft existiert" (ebenda, Seite 599 f. - Hervorhebung von uns).

Das Ende dieses Prozesses tritt ein, wenn die notwendige Arbeit einen so unbedeutenden Teil von Zeit und Energie verbraucht, daß sie der Einzeihe freiwillig dem Gemeinwesen schenkt. Umgekehrt ist das Niveau der Produktivität dann so hoch, daß der unmittelbaren materiellen Aneignung freier Lauf gegeben werden kann: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen."

Lohnarbeit und Warenverteilung sind schlicht und einfach die charakteristischen *Formen des* Mangels und des Arbeitszwanges unter der kapitalistischen Produktionsweise. Das wahre Ziel des Kommunismus ist es, die *Realität* des Mangels und des Arbeitszwanges aufzuheben.

Losgelöst von ihrem Beitrag zur möglichen Überwindung des Mangels, hat die Eliminierung der Warenbeziehungen durchaus keinen fortschrittlichen Charakter. Ein Programm, das die Lohnarbeit und die Warenverteilung unter den Bedingungen materieller Rückständigkeit beseitigen will, ist reaktionärer Utopismus. Die Bestrebungen zur Ausführung eines derartigen Programms werden zu einem wirtschaftlichen Zusammenbruch fuhren, so wie er auf den chinesischen Großen Sprung Nach Vorn in den Jahren 1960/61 folgte und bedrückendere Lebensbedingungen schaffen, als die, die mit Lohnarbeit in deformierten Arbeiterstaaten verbunden sind.

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 134, 19. November 1976*

jemals in meinem Leben gesagt habe", in einer Sitzung mit Healy aufzustehen und zu sagen, daß er „mit der Verfahrensweise nicht einverstanden" sei. Aber diese „Meinungsverschiedenheit" reichte nicht aus, um ihn daran zu hindern, für seine eigene Absetzung als Führer der Workers League („gegen meine Überzeugung") zu stimmen. Anhand seiner eigenen Aussage demonstriert Wohlforth also, daß er in den zwanziger Jahren in der ersten Reihe derjenigen gestanden hätte, die vor Stalin kapituliert haben. Wenn er Healys Ausbrüchen nicht standhalten konnte, wie hätte er dann den Angriffen Stalins - der alle Ressourcen einer Staatsmacht zu seiner Verfügung hatte - oder dem Druck der Bourgeoisie Widerstand leisten können.

Eine Hand wäscht die andere

In der herzlichen Atmosphäre eines Familientreffens feierte die Veranstaltung auch „das Wachsen und die Vitalität der Vierten Internationale". Mandel hat es noch klarer formuliert: die Veranstaltung wurde nicht organisiert, um Healys niederträchtige frame-ups zurückzuweisen, sondern „um die Vierte Internationale durch unsere Solidarität mit den Genossen Hansen und Novack zu verteidigen ... weil sie der Verteidigung bedarf."

Die Intervention von Lambert von der OCI — die weitaus die politischste des Abends war — schalt die Mehrheit des VS freundlich dafür, daß sie sich geweigert habe, mit der OCI zu diskutieren, solange diese sich weigerte, die Anhänger Mandels als „Revolutionäre" zu charakterisieren (schließlich wies er darauf hin, daß solche Termini wie „zentristisch" ein legitimer Teil in der politischen Auseinandersetzung unter vorgeblichen Marxisten seien). Aber gleichzeitig gab er die antipabloistische Tradition der OCI auf und akzeptierte das vom VS gestellte Ultimatum, indem er sich mehrmals absichtlich auf diese revisionistische Bande als die „Vierte Internationale" bezog.

Lambert scheute keine Mühe, um implizit auszudrücken, daß die OCI die Socialist Workers Party nie anders denn als revolutionär angesehen hätte. Er behauptete, daß, als Healy 1963 die SWP als zentristisch charakterisierte, die OCI dieses Etikett zurückgewiesen habe. Diese kühne Behauptung kommt jedoch an der Tatsache nicht vorbei, daß die OCI in bezug auf *4ie* SWP Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre von einer „revisionistischen" Organisation sprach. Darüberhinaus hat Healy 1962 die Revolutionary Tendency der SWP (RT — Vorläufer der Spartacist League/U.S.) gespalten, als die Mehrheit der RT sich weigerte, seine diktierte Erklärung zu unterzeichnen, in der man offen zugestand, daß die SWP revolutionär und *nicht* zentristisch sei.

In seiner abschließenden Rede gab Mandel Lamberts Kompliment zurück, indem er erklärte, „Ehre, wem Ehre gebührt" und die OCI wegen der „ausgezeichneten, ausgezeichneten Führungsrolle" lobte, die sie in der Kampagne zur Befreiung von Leonid Pljuschtsch und in der Verteidigung anderer linker Dissidenten in der Sowjetunion spielte. Auf die Befreiung von Pljuschtsch im Februar letzten Jahres hinweisend, verwischte er jeden organisatorischen Unterschied zwischen der OCI und dem VS, und proklamierte triumphierend: „Wir haben ihn 'rausgeholt".

Michel Pablo, der Altvater des ‚antitrotzkistischen Revisionismus, tauchte nicht auf, zweifellos zur heimlichen Erleichterung von Mandel und Lambert, da Pablo überhaupt keinen Anspruch auf den Trotzkismus mehr erhebt und deshalb das Spiel möglicherweise verdorben hätte. Seine Grußbotschaft, die auf der Veranstaltung verlesen wurde, war in mancher Hinsicht die offenherzigste von allen. Er sprach abfällig von „diesem häßlichen Streit", der „symptomatisch für einen gewissen ideologischen Zerfall in der Bewegung der Epigonen" sei, „denen es nicht gelungen ist, sich ernsthaft mit der natürlichen Bewegung der Klasse zu verbinden". Aber nachdem er „das erbitterte Sektierertum der Sekten" denunziert hatte, fuhr er ganz im Geiste des Abends fort und schlug als „unsere gemeinsame Aufgabe" vor, „mit fester Entschlossenheit nach dem zu suchen, was uns vereinigt, und nicht nach dem, was uns trennt". Alles, was wir brauchten, sagte Pablo, sei „ein gemeinsames Programm, das den gegenwärtigen Notwendigkeiten entspricht".

Die Sprecher griffen Pablos Ermahnung von ganzem Herzen auf. Lambert erklärte, daß er nicht darüber diskutieren wolle, „wer 1953 recht hatte", als Pablo mit seinem liquidatorischen Programm des „tiefen Entrismus" in stalinistische und sozialdemokratische reformistische Massenparteien die Spaltung und Zerstörung der Vierten Internationale verursachte. Mit einem Anklang an Pablos Gerede von 1950, der damals von „einer neuen Weltrealität" sprach, in der die Stalinisten nicht mehr verraten könnten, glaubte Mandel zu erkennen, daß „der Eurokommunismus ... neue und äußerst verwundbare Spaltungselemente" in den Weltstalinismus eingeführt habe, die „ziemlich große Auswirkungen auf den Trotzkismus" haben könnten. Er schlug deshalb vor, daß „alle Genossen, die hier anwesend sind, und die den unterschiedlichen Tendenzen, Fraktionen und Organisationen angehören", eine „gemeinsame politische Kampagne" unternehmen, in der sie die europäischen Stalinisten „auffordern . N. . sofort, aufrichtig und öffentlich alle Opfer Stalins, alle Opfer der Moskauer Prozesse zu rehabilitieren", und die spanische Kommunistische Partei aufrufen, Trotzkis Mörder auszuschließen! Schließlich, so meinte er: „Es kann nicht schaden zu fragen, oder? "!

Unmittelbar anschließend an den Kotau des VS vor einer neuen Welle der Volksfrontpolitik in Europa und Lateinamerika schlug Mandel eine „breite Front" der „Familie des Trotzkismus" vor, um „das zu bekämpfen, was von dem Gift des Stalinismus heute noch in der Arbeiterbewegung, in den Kommunistischen Parteien und in den Gewerkschaften" in Europa „noch übrig geblieben ist" (wobei er „übrig geblieben" betonte). Mandel kapituliert lieber in klassisch pabloistischer Manier vor dem Geschwätz einer klassenlosen „Demokratie" der Stalinisten, die gerade versuchen, den imperialistischen Bourgeoisien ihre Zuverlässigkeit zu beweisen, als daß er ihr prokapitalistisches Wesen enthüllt. Bereitet er den Entrismus in die „eurokommunistischen" Parteien vor?

Arbeiterdemokratie oder bürokratische Unterdrückung?

Irgendwelche noch existierenden Zweifel hinsichtlich des wahren Zwecks der Veranstaltung wurden zerstreut, nachdem die vorgesehenen Redner gesprochen hatten. Als der Vorsitzende Tariq Ali die Versammlung gerade für beendet erklären wollte, erhob sich Gerry Healy im Auditorium und verlangte Redezeit, um dem Chor der Angreifer zu antworten. Alle ernsthaften Verteidiger der Arbeiterdemokratie — angeblich das zentrale Thema der Veranstaltung — hätten gewünscht, daß Healy spräche, aber Ali mit den geübten Taschenspielertricks eines Gewerkschaftsbürokraten und Scharlatans forderte inmitten des Tumults zur Abstimmung auf und erklärte dann, daß die „Arbeiterdemokratie" ihm recht gegeben habe. Da Healy mit beträchtlicher Unterstützung aus dem Auditorium fortfuhr zu

Joe Hansen ist ein redlicher Revisionist

Wir drucken im folgenden die Übersetzung eines Flugblattes ab, das von Londoner Unterstützern der internationalen Spartacist Tendenz vor einer Veranstaltung verteilt wurde, die am 14. Januar zum Protest gegen die healyistischen Verleumdungen gegenüber den SWP-Führern Joseph Hansen und George Novack durchgeführt wurde. Zieht man in Betracht, aus welch notorischen Spitzbuben die Redner des heutigen Abends sich hauptsächlich zusammensetzen, so ist dies keine Gesellschaft, die wir von der internationalen Spartacist Tendenz freiwillig aufsuchen würden. Aber Trotzki hat uns gelehrt, daß man sich, wenn die Frage es rechtfertigt, mit „dem Teufel und seiner Großmutter" zusammenschließen kann (dabei den alten Spruch angemessen in Rechnung stellend, der sagt, „wenn du mit dem Teufel zu Abend ißt, dann benütze einen langen Löffel"). Aber der vorgebliche Zweck dieser Veranstaltung — gegen die infamen Verleumdungen von Gerry Healy und seiner Workers Revolutionary Party (WRP) gegenüber Joseph Hansen und George Novack von der amerikanischen Socialist Workers Party (SWP) zu protestieren und sie zu entlarven — ist bestenfalls nur einer ihrer Zwecke. Die Redner haben nämlich einen anderen, maßgebenden gemeinsamen Nenner: sie alle sind, ausnahmslos, Revisionisten und Zerstörer der trotzkistischen Bewegung, die sich nicht nur hinsichtlich ihrer wechselseitigen Verrätereien am Marxismus garantiert höchst diplomatisch verhalten werden, sondern aktiv auf der Suche nach neuen revisionistischen Kombinationen und Blockstrukturen sind (die Spannungen einer international aufsteigenden Linie des Klassenkampfes hat ihre alten Blöcke und Bündnisse stark unterhöhlt).

An sich ist es nur im abstrakten Sinne eklig, sich vorzustellen, vom selben Rednerpult zu sprechen wie z. B. ein Pierre Lambert, dessen Organisation weiterhin unaufhörlich physische Gewalt gegen die „Vargaisten" in den Strassen von Paris praktiziert; oder ein serviler Tim Wohlforth, der nunmehr für die schamlos reformistische SWP spricht, und der fünfzehn Jahre lang ein führender Praktiker healyistischer Verleumdungen und Gewalttaten war; oder, vor allem, ein Michel Pablo (weiland Erzfeind für die beiden Erstgenannten), der persönlich wahrhaftig mehr als irgendein anderer lebender Mensch dazu beigetragen hat, die trotzkistische Bewegung von innen her zu zerstören und den „Trotzkismus" in eine Senkgrube zu verwandeln.

Nichtsdestoweniger könnte eine Veranstaltung „für Arbeiterdemokratie" und „gegen systematische Verleumdungen" („frame-ups and slanders") eine gute Sache sein — auch dann,, wenn sie Elemente wie diese einschließt - vorausgesetzt, daß es eine ehrliche Veranstaltung mit voller Freiheit der Kritik wäre. Unglücklicherweise ist dies hier nicht der Fall, wie die Rednerliste garantiert. Die Weglassungen sind es, die von den eigentlichen Intentionen zeugen. Als zum Beispiel Hansens *Intercontinental Press (IP)* vom 6. September 1976 die Erklärung „A Shameless Frame-up" veröffentlichte, die von einer langen Liste von Einzelpersonen und Organisationen unterzeichnet war, identifizierte *IP* in ihrer informatorischen Aufschlüsselung sechzehn von mehreren hundert Unterzeichnern als „international

protestieren, machte ihn der Vorsitzende demagogisch mundtot, indem er durch Anstimmen der *Internationale* der Veranstaltung ein Ende bereitete.

Diese ungeheuerliche Verletzung der elementaren Arbeiterdemokratie — dies auf einer Veranstaltung, die angeblich organisiert worden war, um sie zu verteidigen — enthüllt wieder einmal die bürokratischen Manöver des verrotteten VS. Daß diese Veranstaltung überhaupt abgehalten wurde, ist darüberhinaus nur dem Zerfall des „Vereinigten" Sekretariats zu verdanken, der ein derartiges Ausmaß erreicht hat, daß das VS kaum noch existiert. Heute tauschen Mandel und Lambert Komplimente aus und verteidigen die Integrität von Hansen und Novack; vor anderthalb Jahren, als die SWP zu Erklärungen aufforderte, die die Verleumdungen von Healy denunzieren sollten, dauerte es eine ganze Weile, bevor Mandel & Co. mit einer Erklärung herausrückten.

Keiner der Organisatoren dieser Veranstaltung ist ein echter Verteidiger der Arbeiterdemokratie oder der Vierten Internationale. Die OCI setzt Schlägerbanden gegen ihre vorgeblich trotzkistischen Gegner in der Linken ein. Pablo und seine Gehilfen (heute die von Mandel geführte VS-Mehrheit) weigerten sich, die chinesischen Trotzkisten, die von Mao 1949—51 ins Gefängnis geworfen wurden, zu verteidigen und verleumdeten sie als „Flüchtlinge vor der Revolution" dafür, daß sie mutig die Arbeiterdemokratie vor dem bürokratischen stalinistischen Regime verteidigt hatten. Was die SWP betrifft, so antwortete sie auf die Einkerkerung der kubanischen Trotzkisten durch Castro mit der Bemerkung von Barry Sheppard, heute Nationalsekretär der SWP: „Es gibt solche Trotzkisten und solche Trotzkisten. Aber wenn ich in Kuba wäre, würde ich nicht verhaftet werden."

Während das VS und die OCI He alys verächtliche Verleumdungen als bequeme Entschuldigung für ein Treffen der „Famüie" ehemaliger Trotzkisten benutzen, hob die internationale Spartacist Tendenz hervor, daß eine genuine und auf einem prinzipienfesten Programm basierende Umgruppierung authentischer Trotzkisten nur durch die harte, offene Auseinandersetzung Zustandekommen könne. In einem Flugblatt, das auf der Veranstaltung von der Londoner Spartacist-Gruppe verteüt wurde — mitunterzeichnet von der iST, der Organizacion Trotskista Revolucionaria Chües und der Trotzkistischen Fraktion (ausgeschlossen) des Spartacusbundes — wurde betont:

> „Die tatsächlichen politischen Streitfragen, die alle diese zerstrittenen Elemente, die mit Verleumdungen hausieren gehen und die geneigt sind, physische Gewalt anzuwenden, an dem einen und die iST am entgegengesetzten Pol konzentrieren, entzünden sich gegenwärtig an zwei entscheidenden Überlegungen: in bezug auf die Volksfront und auf die Vierte Internationale."

Das Flugblatt entlarvte den falschen Anspruch der Redner, die Arbeiterdemokratie zu verteidigen, und erläuterte, daß sich dahinter ihre Kapitulation vor reformistischen Programmen der Klassenkollaboration verberge. Es wurde zum Schluß betont, „daß man ohne den Kampf zur Schaffung einer programmatisch vereinheitlichten und disziplinierten Vierten Internationale die Arbeiter in neue Fallen des Kapitals hineintappen läßt — und dies ... mit der Hüfe ihrer revisionistischen Möchtegern-,Führer\" Vorwärts zur Wiedergeburt der Vierten Internationale!

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 141, 21. Januar 1977*

bekannte Trotzkisten". Von diesen waren elf Unterstützer des Vereinigten Sekretariats (VS), zwei waren von Pierre Lamberts Organisation Communiste Internationaliste (OCI), zwei von Lutte Ouvriere und einer von der internationalen Spartacist Tendenz. Heute Abend sollen aber nur einige der VS-Führer, Lambert von der gegenwärtig auf Schmeichelkurs steuernden OCI und jener Meister der Intrige, nämlich Pablo höchstpersönlich, sprechen. Besonderen Anstoß würden die Veranstalter an einem Redner der iST nehmen, der Gruppe, die auf der Ebene der Arbeiterdemokratie am frühesten gegen die healyistischen Verleumdungen eine Kampagne führte (Picket lines mit unserer Parole: „Wer überprüfte Healy auf Sicherheitsrisiken? ") und die in der Affaire des äußerst dubiosen Varga gegen die verleumderische OCI die unparteiische Untersuchungskommission ins Leben rufen half.

Es genügt nicht, so wie Hansen es macht, Healy als paranoid zu bezeichnen. Das Betragen von Healys Organisation bedarf einer *politischen* Erklärung. Die healyistische Kombination von grobem Opportunismus und pseudotrotzkistischer Orthodoxie hat wiederholt Verluste gegenüber dem gewitzteren VS erlitten, dessen intern sich bekriegende Flügel von Joseph Hansen und Ernest Mandel angeführt werden. Healy glaubt ohne Zweifel, mit seiner Verleumdungskampagne W. I. Lenin übertreffen zu können. Lenin entlarvte Karl Kautsky durch sorgfältige und schonungslose Analysen als Revisionisten. Für Lenin als Marxisten würde es deshalb unbegreiflich gewesen sein, stattdessen die falsche und grundlose — und unglaublich vereinfachende — Anschuldigung gebraucht zu haben, Kautsky wäre ein Agent des Kaisers gewesen. Healy kann diesem prinzipienfesten Kurs gegenüber, den VS-Revisionisten nicht folgen, da eine vergleichbare Analyse sein eigenes Verhalten bloßstellen würde. Er nimmt zu gemeinen Verleumdungen Zuflucht, die lediglich den „Antirevisionismus" in Verruf bringen, den er zu vertreten vorgibt. Wie immer ist Healy das abschreckende Beispiel, aus dem Hansen für seine eigenen Zwecke Kapital schlägt — in diesem Fall für den prinzipienlosen Versuch einer internationalen „Umgruppierung", die als eine Kundgebung für Arbeiterdemokratie ausstaffiert wird.

Die tatsächlichen politischen Streitfragen, die alle diese zerstrittenen Elemente, die mit Verleumdungen hausieren gehen und die geneigt sind, physische Gewalt anzuwenden, an dem einen und die iST am entgegengesetzten Pol konzentrieren, entzünden sich gegenwärtig an zwei entscheidenden Überlegungen: in bezug auf die Volksfront und auf die Vierte Internationale. Natürlich findet man heute, so wie in den dreißiger Jahren, als das zentristische Londoner Büro einen Zick-Zack-Kurs durch das Niemandsland zwischen Trotzkismus und den reformistischen Massenparteien steuerte, kurzlebige linkere Gruppierungen, die sich zwischen einem revolutionären Kurs und der Politik der Anpassung, der allen Rednern des heutigen Abends gemeinsam ist, breitzumachen versuchen. Das maßgebliche Merkmal dieser Gruppen ist negativ: nicht *für* ein gemeinsames und zusammenhängendes internationales Programm, sondern *gegen* jene (wie die Redner des heutigen Abends) sich in Positur zu setzen, deren Verrat zu offensichtlich geworden ist. So gibt es zum Beispiel den Block der „Notwendigen Internationalen Initiative" (der einen gewissen Roberto aus Italien, Sean Matgamnas kürzlich gespaltene International-Communist League, den sich zersetzenden deutschen Spartacusbund und vielleicht noch irgend jemand anderen miteinschließt). Von ihrer gegenseitigen Tendenz, unter Druck gegenüber Volksfrontpolitik zu kapitulieren, einmal abgesehen, gibt es unter ihren Fraktionsbestandteilen und Individuen kaum einen gemeinsamen Berührungspunkt außer dem, daß sie an dem offenkundigen Revisionismus des VS (und der „sektiererischen" Unversöhnlichkeit der iST) Anstoß nehmen.

Angesichts des Wiederaufflammens massiver proletarischer Militanz im Weltmaßstab wird der Ruf nach der Volksfront wieder laut. Und alle Revisionisten müssen auf ihre Weise versuchen, sich in der zentralen Frage der Klassenkollaboration anzupassen, was sie mit ihren „Neuen Massenavantgarden" oder der eigendienlichen Bezeichnung von reformistischen Massenparteien einfach als „Arbeiterparteien" tun, um den Weg für neuen Verrat zu ebnen.

Die Zentristen des Londoner Büros der dreißiger Jahre, die Trotzki verurteilte, mußten sich verbal viel stärker von der Volksfront absetzen als es derartige Figuren heute tun: „Die Volksfront, praktiziert von der Zweiten und Dritten Internationale, ist eine Form der Klassenkollaboration zwischen dem Proletariat und der liberalen Bourgeoisie (und dem Kleinbürgertum, das von letzterer abhängig ist) auf einer kapitalistischen Grundlage, die die Klasseninteressen des Proletariats und des Kleinbürgertums denen des Monopolkapitalismus unterordnet und opfert... Infolgedessen weist die Revolutionäre Sozialistische Bewegung die Volksfront, als den historischen Interessen der Arbeiterklasse absolut entgegengesetzt, zurück. Dem Kapitalismus müssen wir den Sozialismus entgegenstellen. Der Volksfront müssen wir die Arbeitereinheitsfront entgegenstellen "(Resolution, angenommen auf dem „Revolutionären Sozialistischen Kongreß" des Londoner Büros, Februar 1938). Das Londoner Büro war somit notgedrungen gezwungen, trotz seiner antitrotzkistischen Leugnung der Notwendigkeit der proletarischen Avantgardepartei, eine kategorische Klassengegenposition zur Volksfront einzunehmen und es erwartete nicht von den stalinistischen und reformistischen Parteien, daß sie sich irgendwie in ihr Gegenteil verwandeln würden. Aber anstelle von und im Gegensatz zu dem harten, langwierigen Kampf der Trotzkisten für die Vierte internationale, setzten diese Zentristen dem Reformismus ihr harmloses und impotentes Phantom, „die Revolutionäre Sozialistische Bewegung", entgegen. Darin liegt der Grund, warum die Organisationen des Londoner Büros, obwohl sie nominal über hundertmal stärkere Kräfte als die Trotzkisten verfügten, eine kaum bekannte historische Fußnote darstellen, deren Nachkommen sich heute als Trotzkisten maskieren müssen.

Die harten Lehren der siegreichen Oktoberrevolution behalten auf unserem Planeten ihre volle Gültigkeit. Lenin und Trotzki traten weder in die provisorische Regierung von Sozialisten und Liberalen ein, noch hinkten sie ihr hinterher — sie stürzten sie auf der Basis der Sowjetmacht. Die internationale Spartacist Tendenz tritt heute mit Lenins Dritter und Trotzkis Vierter Internationale dafür ein. nicht nur darauf zu bestehen, daß die Frage der Staatsmacht Klasse gegen Klasse heißt, sondern auch, daß man ohne den Kampf zur Schaffung einer programmatisch vereinheitlichten und disziplinierten Vierten Internationale die Arbeiter in neue Fallen des Kapitals hinein tappen läßt — und dies, wie es in den dreißiger Jahren geschah, mit der der Hilfe ihrer revisionistischen Möchtegern-„Führer".

14. Januar 1977

Internationale Spartacist Tendenz, Organization Trotskista Revolucionaria de Chile, Trotzkistische Fraktion (ausgeschlossen) des Spartacusbundes (BRD), London Spartacist Group

Übersetzt nach dem autorisierten englischen Text

Fortgesetzt von Seite 11
der Arbeiterklasse konnte er nicht aufzeigen. So wurde sein Gerede von „revolutionärer Gewalt", getrennt von der revolutionären Klasse, zu einem peinlichen Geschwafel. Letztlich spuckte der KSB/ML seinem eigenen militanten Anspruch ins Gesicht, als er, wiederum nach einer Reihe klingender Phrasen, die aufgrund der Aussperrung der Juristen empörten Studenten beruhigte und schließlich aufrief, ruhig nach Hause zu gehen.

Die KHG glaubte mit ihrer Bafög-Forderung das Ei des Kolumbus gefunden zu haben. Zweifellos ist der Kampf für die Erhöhung des Bafög und für die Beseitigung dieses Unterdrückungsgesetzes ein Kampf, der von Revolutionären unterstützt werden muß. Doch die Politik der KHG, den politischen Kampf gegen die Anwendung des Radikalenerlasses der Forderung „100 DM mehr Bafög" unterzuordnen, ist plattester Ökonomismus. Anstatt durch die soziale Ausweitung des Streiks eine proletarische Perspektive zu weisen, kreiert die KHG das Non plus ultra studentenbornierter Politik: Studentengeneralstreik für 100 DM mehr Bafög! Nur der Kampf für mehr Bafög, so glaubt die KHG, hat die Kraft, eine breite einheitliche Streikfront aufzurichten. Damit lehnt sie den Streik als politische Waffe ab und versucht das Bewußtsein auf den Boden ökonomischer Kämpfe zurückzuzerren.

GIM gegen Streik

Das Beste, was man von der GIM sagen kann, ist, daß sie sich bemüht hat, nicht in Erscheinung zu treten. Dennoch ist es diesen Pseudotrotzkisten wieder einmal gelungen, den Trotzkismus mit Dreck zu bewerfen. So hat die GIM für den abwieglerischen Antrag der USTA-Vorbereitungsgruppen, ADSen, SEW, SHB an die FU-Vollversammlung vom 24. November durch ihre unkritische Unterstützung des USTA die politische Verantwortung übernommen und ihn, wie wir sehen werden, auch direkt unterstützt. Im Gegensatz zum Antrag der Germanisten erklärte der USTA-Antrag nicht den Streue an der FU, sondern sprach sich für eine Aktionswoche (vom 29. November — 3. Dezember) und gegen eine einheitliche Streikfront aus: „Wir fordern die FBs auf, sich für Streikmaßnahmen zu entscheiden! Die Streikforderungen wie die Streikformen sind an den verschiedenen FBs unterschiedlich." Die Konsequenz dieses Antrages wäre jene Zersplitterung und Desorganisation gewesen, die sich auf den Januarstreik so verhängnisvoll auswirkte.

GIM-Genossen, denen die TLD deshalb Streikabwiegelung vorwarf, wiesen empört jeden Zusammenhang zwischen der GIM und dem Antrag der USTA-Vorbereitungsgruppen zurück. Diese Genossen mögen sich doch einmal mit der Beantwortung folgender Frage versuchen: Wie kommt es, daß die GIM in einem am 29. November (!) verteilten Flugblatt zu einer Aktionswoche, *nicht aber zum Streik* aufruft?! Die GIM versucht, die Spuren ihrer abwieglerischen Politik zu verwischen.

Ein GIM-Vertreter sprach sich im Zentralen Streikrat der TU gegen die Besetzung des Rechenzentrums aus. Gegen die Auslagerung von Streikbrecherveranstaltungen an Schulen propagiert die GIM (Flugblatt des Sozialistischen Schülerkollektivs, einer Frontgruppe der GIM) das Werfen von Stinkbomben und das Rufen von Parolen wie: „Was wollt ihr hier? Schert Euch zur Uni!". Mit dieser beeindruckenden politischen Perspektive will die GIM wohl klarmachen, daß die Streikbrecher nicht die Kreise der Schüler stören, sondern den Uni-Streik auf eigenem Boden bekämpfen sollen.

Die konsequente Fortsetzung dieser Politik ist der offene Streikbruch. „Es wäre allerdings ein Kurzschluß, von den noch bestehenden Streikzielen ausgehend unmittelbar zu folgern, wir müßten weiterstreiken." In der Tat ein absurder Gedanke, denn: „Der Streik läuft nicht mehr so wie im Dezember, also kommen die Studenten nicht mehr. Und weil die Studenten nicht mehr kommen, läuft der Streik nicht mehr" (Flugblatt der GIM: „Schaffen wir die permanente Unruhe an den Uni's!"). Bewaffnet mit dieser kristallklaren Logik agitierte die GIM auf der Vollversammlung am Otto Suhr-Institut (OSI) am 21. Januar gegen den Streik und beantwortete so die Schlagzeile der am selben Tag erscheinenden *was tun:* „Geht der Streik weiter? ". Gegen diesen Zynismus und diese widerwärtige Heuchelei eröffnete ein Genosse der TLD seinen Redebeitrag auf der OSI-Vollversammlung mit den Worten: „Ich spreche für den Streik, für die Trotzkistische Liga und gegen das Rote Komitee — gegen die GIM!"

Im Gegensatz zur GIM, die in der Tat den „erreichten Grad der Politisierung" praktiziert, indem sie sich als getreuer Spiegel der studentischen Perspektivlosigkeit letztlich gegen den Streik stellte, hat die TLD in Flugblättern, Resolutionen, Reden und Anträgen zu Vollversammlungen für eine proletarische Orientierung gekämpft.

Im folgenden drucken wir das Flugblatt ab, in dem die TLD den Zusammenbruch des Streiks feststellte:

Uni-Streik zusammengebrochen: Das Ergebnis der studentenbornierten Perspektive

Der Streik an der Freien Universität ist in Demoralisation und Zynismus erstickt. Die Bilanz des Streiks ist nicht, wie alle Organisationen von KSV, KHG, GIM, KB bis SEW/ADS demagogisch weismachen wollen, eine Bilanz des Erfolges, sondern die Niederlage eines studentenborniert geführten Kampfes. Elementare Forderungen des Streiks sind nicht erfüllt worden. Die Niederschlagung der Straf- und Ordnungsverfahren gegen Streikunterstützer, die Aufhebung des Gerichtsverfahrens gegen Christoph D. und Peter W. und die Anerkennung des Semesters wurden nicht erkämpft. Die Wiedereinstellung von Rothe und Weiterbeschäftigung Bauers (Verwarnung und 50%ige Kürzung eines Monatsgehaltes) können nicht als gesicherte Erfolge angesehen werden; der Kampf um die Einstellung aller darüberhinaus laufenden Disziplinarverfahren ist unter dem Vorwand dieses „Erfolges" verraten worden.

Die Verantwortung an der Niederlage trägt der Zentrale Streikrat (ZSR), der als ihr Hauptorganisator von Beginn an konsequent für die Abwürgung des Streiks gearbeitet hat. Die Vollversammlung (W) am 12. Januar wurde durch die Teilnahme des Bullenfreundes Löffler und die Verhinderung der Beschlußfassung über Ziele und Kampfmittel des Streiks zu einer Farce degradiert. Die Beschlußfassung wurde den Fachbereichen anheimgestellt, was die Schaffung einer einheitlichen Streikfront von vornherein torpedierte und dem Einfluß von rückständigen

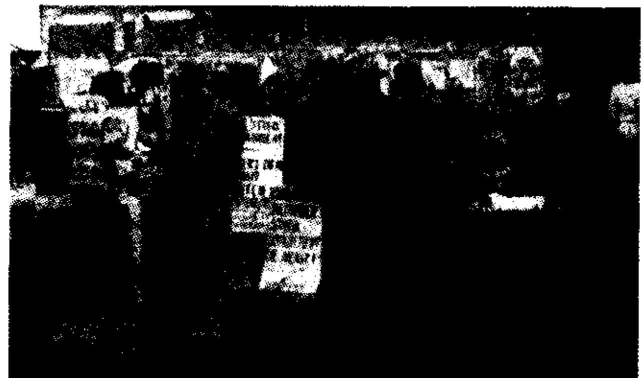
Elementen, z. B. der Reformgruppe*, Tür und Tor öffnete. Die „Diskussions"-W am 14. Januar zeigte sich bereits im Zeichen des Zerfalls und wurde wiederum ohne Beschlußfassung auf den 19. Januar vertagt. Der ZSR komplettierte die Farce, indem er diese W eigenmächtig auf den 26. Januar verschob, auf der der Streik mit keinem Wort berührt wurde. Ohne Zentralisierung, ohne Klärung der Streikziele und Kampfmethoden mußte der Streik, der sich folglich in den letzten zwei Wochen zu einer Serie dezentraler Streikabbrüche entwickelte, zu einer Karikatur degenerieren. Es ist die logische Folge der Abwiegelungspolitik des ZSR, die bis heute eine Beschlußfassung über Ziele und Methoden des Streiks verhinderte, daß keine W die Aussetzung des Streiks beschloß, sondern dieser wie ein Kartenhaus zusammenfiel. Der ZSR erwies sich nicht als Organisator und Motor des Streiks, sondern als dessen Bremsklotz!

Aktiver Streik ist Streikbruch!

Zweck eines Uni-Streiks ist die Lahmlegung des Universitätsbetriebes (Lehrbetrieb, Forschung, Verwaltung, etc.). Dem entgegengesetzt ist der „aktive", sogenannte „Streik" ein Mittel, den Lehrbetrieb aufrechtzuerhalten. Es wird nicht die Verhinderung von Seminaren durch Streikpostenketten organisiert, sondern die Teilnahme an ihnen propagiert. Streikunterstützer und Streikbrecher unterscheiden sich lediglich in der Art ihrer Mitarbeit — also überhaupt nicht. Durch diese Perspektive wurden die Streikwilligen um ihr Ziel — „Macht die Uni dicht!" — betrogen und die Kampfkraft entscheidend geschwächt. Stattdessen öffnete man reaktionären Gruppierungen und der Staatsgewalt alle Möglichkeiten der Intervention. Nur die Formierung militanter Streikpostenketten schafft die Möglichkeit, zwischen Streikunterstützern und Streikbrechern zu unterscheiden. An dieser Front muß naturgemäß der Kampf entbrennen: Jeder, der sie überschreitet, wählt die andere Seite — die Seite der Bourgeoisie. Die Politik des „aktiven Streik"-bruchs dokumentiert die Haltlosigkeit der im ZSR verkörperten kleinbürgerlichen Kampfperspektive: Kapitulation vor der bürgerlichen Uni-Administration auf der einen, hilfloser studentischer Pro-, test auf der anderen Seite.

GIM-U-Boote im Kielwasser studentischer Impotenz!

Von allen Organisationen, die aus der Aufweichung des Streiks auf seine Unsinnigkeit geschlossen haben und auf der Woge defätistischen Elends mitgeschwommen sind sind, nimmt die vorgeblich trotzkistische GIM eine besonders markante Position ein. Während der ganzen vergangenen Periode hat die GIM die verräterische Politik des ZSR unkritisch unterstützt. Anstatt die Situation an den Fachbereichen aus dem Verrat des ZSR zu erklären, rechtfertigte sie diese mit der Situation an den einzelnen Fachbereichen. Wie alle Kapitulanten lädt die GIM die Schuld auf die Masse ab, um der Verantwortung zu entgehen. Anstatt dem Kampf eine proletarische Perspektive zu weisen, kapitulierte sie hündisch vor dem rückständigen kleinbürgerlichen Bewußtsein der Studenten und dem aktuellen Kräfteverhältnis. In der letzten *was tun* (Nr. 142, 20. Januar 1977) stellte die GIM die Forderung auf, „die schwachen Abschnitte der Streikfront doch noch" zu mobilisieren. Ein exemplarisches Beispiel für die Ernsthaftigkeit, mit der die GIM ihre Ansprüche in die Praxis umsetzt, war das Streikabbruchvotum der GIM auf der letzten OSI-W, dem ein Beitrag des Roten Komitees der GIM vorangegangen war, den Streik abzubrechen und den Kampf für den USTA aufzunehmen. Die GIM übernimmt durch ihr Eintreten für die Überleitung der Streikräte in den USTA, der die gleichen bürokratischen und direkt antikommunistischen Züge aufweisen wird, die heute zur Niederlage des Streiks geführt haben, die volle Verantwortung für den Verrat der USTA-Bürokraten morgen. Im Gegensatz zur GIM kämpfen Trotzkisten nicht für die Schaffung von „Studentenmacht", kleben sie nicht an dem kleinbürgerlich-spontaneistischen Bewußtsein der größten Teile der Studenten und lösen sich nicht organisatorisch und programmatisch in diesem Sumpf auf. Einzig die TLD vertrat die Perspektive, mit militanten Streikpostenketten die gesamte Uni dicht



TLD-Streikposten am 25. Januar vor FU-Mensa

zu machen, den Streik sozial auf Uni-Arbeiter und Dozenten auszuweiten und den Kampf für die aktive Unterstützung durch die Gewerkschaften aufzunehmen. Nur diese Perspektive hat die soziale Kraft, den Kampf zum Sieg zu führen. Die akademische Beschränktheit versperrt den einzigen Weg zur Bekämpfung bürgerlicher Klassenparagraphen: der Mobilisierung der Arbeiterklasse! Nur mit der Arbeiterklasse und unter ihrer Führung, nur mit einer harten kommunistischen Avantgarde als proletarischem Klassenpol an der Spitze können die militantesten Elemente für diesen Kampf gewonnen werden!

- ***Sofortige Aufhebung der Disziplinarverfügung gegen Bauerl***
- ***Einstellung aller laufenden Disziplinarverfahren!***
- ***Einstellung aller Straf und Ordnungsverfahren gegen Streikunterstützer!***
- ***Einstellung des Gerichtsverfahrens gegen Christoph D. und Peter W.!***
- ***Bedingungslose Scheinvergabe! Keine Semesteraberkennung!***
- ***Weg mit der bürgerlichen Hochschuladministration!***
- ***Für gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen gegen bürgerliche Klassenparagraphen!***
- ***Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen! Für die Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom bürgerlichen Staat!***
- ***Für eine Arbeiterregierung!***
- ***Vorwärts zur Wiedergeburt der Vierten Internationale!***

Berlin, den 28. Januar 1977

* *Anmerkung der Redaktion:* Die „Reformgruppe" ist eine reaktionäre Studentengruppe, die massiv gegen den Streik agitierte. Sie organisierte auch Provokationen und denunzierte Streikunterstützer bei der Polizei.

Kommunistische Korrespondenz



Westberliner Hochschulstreik im Sande verlaufen: Für eine proletarische Perspektive!

Der Westberliner Universitätsstreik entzündete sich im November 1976 an einer Serie von Berufsverboten bzw. Disziplinarverfahren gegen KPD-Wahlunterstützer an den Hochschulen, so gegen die Dozenten Rothe und Bauer am Germanistischen Seminar der Freien Universität (FU). Dieses defensive Wiederaufflackern der Studentenbewegung vollzieht sich vor dem Hintergrund massiver Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse, der RAF-Prozesse und des Abbaus demokratischer Rechte. Die Bourgeoisie wappnet sich für die kommenden Klassenauseinandersetzungen. Berufsverbote und Unvereinbarkeitsbeschlüsse, die Handlangerdienste der Gewerkschaftsbürokratie, sollen die politische Organisierung der Arbeiterklasse unterbinden. Die innere Sicherheit der Bourgeoisie muß auch um den Preis einer weiteren Einschränkung der (bürgerlichen) Freiheit von Lehre und Forschung ausgebaut werden. Berufsverbot und Ordnungsrecht sollen an den Hochschulen Störungen bei der Formung von Führungskadern der Bourgeoise verhindern.

Der Uni-Streik verlieh dem kleinbürgerlichen Protest gegen diese Entwicklung Ausdruck. Die Angst vor der zunehmenden Arbeitslosigkeit in Verbindung mit der „Überprüfung der politischen Treuepflicht" und die Unsicherheit wegen der „Jugendsünden", von denen man nicht wußte, ob sie eine zukünftige Karriere verhindern würden, kam jäh zum Ausbruch. Das erklärt auch die Breite der studentischen Bewegung, die zahllose Unorganisierte und auch rückständigere Schichten einschloß. „Was lange gärt, wird endlich WUT". Doch der Zorn ist eine kurze Raserei, und mit dem Abbröckeln des Streiks und zunehmenden Vormarsch der Bourgeoisie kamen immer deutlicher antikommunistische Stimmungen an die Oberfläche: faktisches Diskussionsverbot für „K-Gruppen", Hochjubeln der Organisationsfeindlichkeit usw. So wurde z. B. auf der FU-Vollversammlung am 13. Dezember 1976 die KHG (KBW) gewaltsam vom Rednerpult entfernt, als sie sich weigerte, eine plötzlich beschlossene dreiminütige Redezeitbeschränkung zu akzeptieren. Anwesende TLD-Genossen protestierten in Sprechchören gegen dieses undemokratische, direkt gegen die Organisationen der Arbeiterbewegung gerichtete Vorgehen, während „Unorganisierte" und einzelne GIM-Genossen (!!) das Podium absicherten. Auf der Demonstration am 7. Dezember wurde der Block der TLD von „Unorganisierten" rausgeworfen; diesmal erhielten sie Hilfe von Maostalinisten. Was ist der Grund für dieses sektiererische Manöver? Im Gegensatz zu den vorgeblichen Revolutionären von GIM bis KPD war die TLD nicht bereit, ihr Programm und ihre Organisation an der Garderobe abzugeben, um sich als Kommilitonen maskiert in den amorphen Studentenmassen aufzulösen. Die Genossen der TLD sind Kommunisten an der Universität (wie auch in jedem anderen Arbeitsbereich). Deshalb haben wir offen einen klar gekennzeichneten kommunistischen Block in der studentischen Demonstration formiert. Dieser Episode kommt insofern symptomatische Bedeutung zu, da sie zeigt, daß die vorgeblich revolutionären Organisationen sich als linker Flügel in die Studentenbewegung integrieren. Dem entgegengesetzt propagiert die TLD unter den Studentenmassen das Programm der Machtergreifung der Arbeiterklasse und fordert folgerichtig die Unterordnung dieser kleinbürgerlichen Schichten unter die politische Führung der einzigen revolutionären

Fortgesetzt auf Seite 10



TLD-Block am 28. Januar auf der Demonstration gegen den „Radikalenerlaß" in Westberlin